

Politische Berichte

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheint vierzehntägig. Einzelpreis 2 DM, Je
ermäßigtes Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse
Postfach 260 226, 50150 Köln
Hausadresse GNN-Verlag,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,
Telefon 02 21/21 16 58 Fax: 02 21/21 53 73

Ulrike Detjen
Burgunderstr. 57-59
50677 Köln

Postvertriebsstück G 7756 D
E N T G E L T B E Z A H L T
GNN, Postfach 260 226, 50150 Köln
50 98

Nummer 4 / 17. Jahrgang

22. Februar 1996

G 7756 D P

Rentner in tiefer Sorge

Volkssolidarität: Seniorenverbände an Renten-Verhandlungen beteiligen!

Noch bevor die Bundesregierung mit Vertretern der Gewerkschaften ihren „Kompromiß“ über die Kürzung der Renten bei Frühverrentung vereinbarte, veröffentlichte die vor allem in den neuen Bundesländern tätige „Volkssolidarität“, ein Wohlfahrtsverband mit mehr als 500.000 zumeist älteren Mitgliedern, die Ergebnisse einer Umfrage, die der Vorstand des Verbands in Auftrag gegeben hat. Die beiden wichtigsten Ergebnisse der Umfrage: Die Rentenbeziehenden im Osten sind (vermutlich ebenso wie die im Westen) zutiefst besorgt über die Entwicklung ihrer Renten, und sie verlangen, daß ihre Verbände bei den Beratungen über evtl. Reformen der Renten hinzugezogen werden. Wir dokumentieren die Verlautbarung der Volkssolidarität. (rül)

Erstens: 90% der Bürger über dem 50. Lebensjahr in den neuen Bundesländern fühlen sich durch die gegenwärtige Rentendiskussion verunsichert (76% völlig, 15% teilweise).

Zweitens: 29% aller Befragten befürchten, einmal auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Dazu kommen noch 25%, die mit „ich weiß nicht“ antworteten. Besonders groß sind die Ängste bei Geschiedenen (44%) und Ledigen (42%), die ausschließlich auf eigene Rente angewiesen sind.

Drittens: Für die Mehrheit der älteren Bürger rückt die Angleichung der Einkommensverhältnisse - entgegen den Zusagen der Bundesregierung, die Rentengleichheit bis 1995 zu erreichen - auf einen nicht mehr erleb- bzw. kalkulierbaren Zeitpunkt. 40% hoffen noch auf eine Anpassung bis zum Jahr 2000, 35% der 70jährigen meinen „nach 2010“ bzw. „nie“.

Viertens: 55% der Senioren in den neuen Bundesländern halten ihre gegenwärtige Rente nicht ihrer Lebensarbeitsleistung entsprechend, nur 26% bejahen für sich Rentengerechtigkeit - letzterer Meinung sind vor allem Rentner über 75 Jahre.

Fünftens: Die beschlossenen Neuregelungen zur Rentenanpassung (nachträgliche Nettolohnanpassung) in den neuen Bundesländern werden von 59% als Benachteiligung angesehen, und von 52% als Bruch gegebener Zusagen der Bundesregierung verurteilt - dies meinen 46% der befragten Frauen und 64% der Männer.

Sechstens: Das Abschmelzen der Aufwülbungen wird von 79% der älteren Bürger und von 82% der Betroffenen als ungerecht betrachtet. Davon sind besonders Rentnerinnen und Rentner mit niedrigem Einkommen betroffen. Sie sprechen sich gegen eine Abmilderung vor dem Erreichen der hundertprozentigen Anpassung aus.

Siebtens: 84% aller Befragten hält den Übergang in den Ruhestand vor dem 65. Lebensjahr für erforderlich. Der Vorschlag des vorzeitigen Heraufsetzens des Rentenalters wird von 77% der 50- bis 60jährigen abgelehnt.

Achtens: Die älteren Bürger in den neuen Bundesländern halten - aufgrund eigener Erfahrungen mit unterschiedlichen Rentensystemen - eine Grundversicherung für alle, die durch einen, von der eigenen Erwerbsarbeit abhängigen Rentenanteil ergänzt wird, für das geeignetste Rentenmodell.

Neuntens: Die von den älteren Bürgern vorgenommene Bewertung der Einheit Deutschlands weist darauf hin, daß sie sowohl Gewinne, Verluste oder beides sehen.

Zehntens: 95% aller Befragten - unabhängig von Alter, Geschlecht, Einkommen und Familienstand - fordern, daß Seniorenverbände an den Verhandlungen über künftige Rentenentwicklungen teilnehmen.

(Das vollständige Umfrageergebnis mit Einzelergebnissen, Tabellen und Grafiken ist zu beziehen bei:
Bundesgeschäftsstelle
der Volkssolidarität,
Rykestr. 53, 10405 Berlin,
Tel. (030) 4430330, Fax (030) 4427284)



BRD-Behörden auf Kurdenjagd — Gewerkschaften für den „Appell von Hannover“

Während der in der letzten Ausgabe dokumentierte „Appell von Hannover“ inzwischen auch vom Vorstand der IG Medien und in anderen Gewerkschaften unterstützt wird, schüren die deutschen Sicherheitsapparate weiter die Konflikte. Schmidbauer und Bundesanwalt Nehm kündigen — in der Hoffnung, der zweite einseitige Waffenstillstand der PKK werde wieder ohne Antwort bleiben? — wieder einmal „kurdische Anschläge“ an und lassen Newroz-Feste schon mal verbieten. In Stuttgart veranstaltete die Polizei eine wilde „Kurdenjagd“. (s. Seite 2)

BRD-Ansprüche an Tschechien:

OFFICIAL STATEMENT



U.S. INFORMATION SERVICE / EMBASSY OF THE UNITED STATES OF AMERICA

U.S. STATEMENT ON POTSDAM CONFERENCE

Washington, 14 February, 1996 -- The decisions made at Potsdam by the governments of the United States, United Kingdom, and the then-Soviet Union in July and August of 1945 were soundly based in international law. The Conference conclusions have been endorsed many times since in various multilateral and bilateral contexts.

The Conference recognized that the transfer of the ethnic German population of Czechoslovakia had to be undertaken. Article XIII of the Conference report called for this relocation to be "orderly and humane."

The conclusions of the Potsdam Conference are historical fact and the United States is confident that no country wishes to call them into question.

Übersetzung der „Offiziellen Erklärung“ aus Washington, verbreitet über den US-Informationssdienst, Verbreiter in Prag: US-Botschaft Prag. Der Text lautet:

US-Erklärung zur Potsdamer Konferenz: Washington, 14. Februar 1996. Die Entscheidungen, die auf der Potsdamer Konferenz von den Regierungen der USA, des Vereinigten Königreichs und der damaligen Sowjetunion im Juli und August 1945 getroffen wurden, waren fest verankert im internationalen Recht. Die Entscheidungen der Kon-

ferenz sind seitdem viele Male in verschiedenen internationalen und bilateralen Vereinbarungen bekräftigt worden.

Die Konferenz anerkannte, daß der Transfer der ethnisch deutschen Bevölkerung der Tschechoslowakei geschehen müsse. Artikel XIII des Konferenzberichts forderte, daß diese Umsiedlung „ordentlich und human“ erfolgen solle.

Die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz sind historische Tatsache und die Vereinigten Staaten sind zuversichtlich, daß niemand sie in Frage stellen will.

Die USA haben die BRD darauf hingewiesen, daß die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei Gegenstand des Potsdamer Abkommens gewesen sei. Dies war von der deutschen Seite in vielen Äußerungen bestritten worden, obwohl (s. Stichwort) der Sachverhalt auch in der deutschen Literatur unbestritten ist. Die Bundesregierung hat die Klarstellung der USA schweigend hingenommen, aber Kinkel weiß Auswege. Das Potsdamer Abkommen sei in seiner Wirkung auf Deutschland ein Vertrag zu Lasten Dritter und somit ebenfalls völkerrechtswidrig. (Kölner

Stadtanzeiger, 16.2.). Wieso „Wirkung auf Deutschland“, es geht doch um Tschechien? Hier wirkt das Münchner Abkommen (s. Stichwort). Nach deutscher Auffassung war es Recht, die Abtretung der sogenannten Sudetengebiete zu erzwingen. 1973, als im Zuge der „Neuen Ostpolitik“ mit den Nachbarn im Osten Verträge geschlossen wurden, konnte dies angesichts der Macht- und Bündnissituation als Marotte der Deutschen und Rücksicht auf Vertriebenenverbände durchgehen. Jetzt wuchern in den Vertragslücken in neuen Formulierungen die alten Ansprüche des Dritten Reiches. (maf)

Stichworte Potsdam, München

Im Vordergrund: Das Potsdamer Abkommen: „... In der Drei-Mächte-Konferenz von Berlin befaßten sich die USA, Großbritannien und die Sowjetunion mit der Frage ihres weiteren Vorgehens gegenüber dem besiegten Deutschland... Zur Vertreibung der deutschen Bevölkerung erklärten die drei Regierungen, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder von Bestandteilen derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben seien, nach Deutschland durchgeführt werden müsse. Die Überführung solle in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen.“

Im Hintergrund: Das Münchner Abkommen: „Am 29.9.1938 kam es zu einer Konferenz Deutschlands, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens in München. Das dort geschlossene Münchner Abkommen legte die Bedingungen und Modalitäten der Abtretung des sudetendeutschen Gebietes an das Deutsche Reich fest, nachdem ein Abkommen über die Abtretung des sudetendeutschen Gebietes bereits grundsätzlich erzielt worden sei. Der Text des Abkommens (RGBl 1938 II S. 853) wurde der tschechoslowaki-

schen Regierung am 30.9.1938 unterbreitet. Diese nahm es unter Protest an. Im Zuge der „Neuen Ostpolitik“ schlossen die Bundesrepublik und die Tschechoslowakei am 11.12.1973 in Prag einen Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen (BGBl 1974 II S. 990). Sie stellten fest, daß das Münchner Abkommen der Tschechoslowakischen Republik durch das nationalsozialistische Regime unter Androhung von Gewalt aufgezwungen worden sei. In Art. 1 erklärten sie, daß sie das Münchner Abkommen im Hinblick auf ihre gegenseitigen Beziehungen nach Maßgabe dieses Vertrags als nichtig betrachteten. Diese Formulierung gestattete es jeder der Vertragsparteien, ihre gegensätzlichen Auffassungen zur Frage der ursprünglichen Nichtigkeit des Münchner Abkommens aufrechtzuerhalten. Nach deutscher Auffassung war das Münchner Abkommen zunächst gültig zustande gekommen, sei aber von Hitler durch die Besetzung der Tschechoslowakei im März 1939 „zerissen“ worden.“

Quelle: Deutsches Rechtslexikon, Dr. Horst Tisch (Hr.), C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1992

AKTUELL IN BONN**Weiter Streit um das Jahressteuergesetz 1996**

Weil das zum Jahresanfang in Kraft getretene „Jahressteuergesetz 1996“ die steuerlichen Kosten bei der privaten Nutzung von Dienstwagen verteuert hat, machen die Automobilkonzerne, insbesondere BMW, Daimler, Porsche und Audi erheblichen Druck. Sie verkaufen nämlich zwischen 50 und 80 Prozent der Fahrzeuge in der gehobenen Preisklasse nicht etwa an Privatleute, sondern an Firmen, bei denen dann der Chef oder der leitende Angestellte seinen Porsche als „Dienstwagen“ über die Firma steuermindernd laufen lässt. Bei Porsche, so das *Handelsblatt*, seien das immerhin 80% aller Verkäufe. Die Konzerne verlangen nun, die Verteuerung der steuerlichen Nutzung (die erst bei Fahrzeugen von einem Listenpreis von 52.000 DM aufwärts wirksam wird!) ersatzlos zurückzunehmen, und haben über die Landesregierungen von Baden-Württemberg und Bayern auch schon einen entsprechenden Antrag im Bundesrat eingebracht. Waigel blockt - er braucht Geld. Auch die anderen Bundesländer, bei denen keine Luxusautos gefertigt werden, wollen nicht so recht. Am 15. Februar beriet der Finanzausschuß des Bundesrats über eine gemeinsame Linie der Länder. Am 1. März soll das der Bundesrat einen gemeinsamen Antrag in die Beratungen mit dem Bundestag einbringen.

DGB-Kritik an Blüms AFG-Novellierungsplänen

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Kiefer hat die Pläne von Arbeitsminister Blüm zur Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes als „Salto rückwärts“ kritisiert. So will Blüm Arbeitslosen bereits nach drei Monaten Arbeitslosigkeit Einkommensverluste von 20 Prozent, nach sechs Monaten von 30 Prozent und danach sogar bis hinunter zu einem Einkommen in Höhe des Arbeitslosengeld zumuten. Wer solche Arbeitsverträge verweigert, muß mit Sperren des Arbeitslosengeldes rechnen. Dies sei ein Dequalifizierungsprogramm für Arbeitslose, daß nur ideologisch zu rechtfertigen sei, so Engelen-Kiefer. Auch der Plan Blüms, Abfindungen aus Sozialplänen zur Hälfte auf die Ansprüche auf Arbeitslosengeld anzurechnen, werde insbesondere jüngeren Arbeitslosen schaden. Auch der Plan Blüms, sogenannte „arbeitsfreie Eingliederungsverträge“ für Langzeitarbeitslose zuzulassen, wird vom DGB kritisiert. Über solche Verträge würden die Arbeitgeber sechs Monate lang von jedem Kündigungs- und Lohnfortzahlungsrisiko „befreit“. „Probearbeit und Billigtarif werden die Folge sein, ohne daß auf diese Weise die Eingliederungschancen der Langzeitarbeitslosen nachhaltig verbessert werden“, so die stellvertretende DGB-Vorsitzende.

Regierungsparteien streiten um Einwanderungsgesetz

Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Schmalz-Jacobsen, hat sich erneut für ein „Einwanderungsgesetz“ ausgesprochen. Das Gesetz solle feste Quoten für mögliche Einwanderung nach Ländern vergeben.

Dabei sollen zu einem späteren Zeitpunkt nach den Vorstellungen der FDP auch sogenannte „deutsche Spätaussiedler“ in die Quoten einbezogen werden. Die CSU will ein solches Gesetz generell ablehnen. CSU-Generalsekretär Protzner kündigte an, mit seiner Partei werde es ein solches Gesetz nicht geben.

CSU hetzt weiter gegen PDS

Die CSU will erreichen, daß die PDS weiterhin keine Zahlungen aus der staatlichen Parteienfinanzierung erhält. Das hat CSU-Generalsekretär Protzner in der *Welt am Sonntag* am 11. Februar angekündigt. Die PDS horte immer noch verdeckt „Altvermögen der SED“, behauptet er. Da dieses Altvermögen nicht offengelegt werde, werde die CSU an die Bundestagsverwaltung schreiben und verlangen, alle Zahlungen sofort einzustellen und das Geld auf einem Konto „einzufrieren“.

Bundeswehreinsatz in Jugoslawien ausgeweitet

Mit der Stimmenmehrheit der Regierungsparteien und Zustimmung aus der SPD hat der Bundestag am 9. Februar das Mandat der Bundeswehrruppen auf dem Balkan ausgeweitet: Ab sofort dürfen Bundeswehr-Tornados auch in Ostslawonien eingesetzt werden. Die Grünen, von denen erhebliche Teile dem ersten Beschluß über den Balkan-Einsatz mitgetragen hatten, stimmten dieses Mal mit der PDS geschlossen gegen die Ausweitung des Einsatzgebietes.

10.000 Geheimdienstler im Einsatz?

Zwei interessante Zahlen hat Bundesfinanzminister Waigel an die Öffentlichkeit gebracht. Erste Mitteilung aus dem Finanzministerium: Man wolle die Bundesverwaltung in den nächsten fünf bis zehn Jahren um 7.000 Stellen verringern. Allein die Geheimdienste sollten ihr Personal bis zum Jahr 2000 um 20% abspecken. Zweite Zahl: Diese Verringerung bedeute 2.000 weniger Beschäftigte bei den bundesdeutschen Geheimdiensten. Macht 10.000 feste Beschäftigte bei den Geheimdiensten - Zuträger, „informelle Mitarbeiter“ oder wie immer solche Gestalten zu nennen sind, gar nicht einberechnet. Umgerechnet auf die Bevölkerung hieße das: je 8.000 Einwohner ein „Geheimer“, bei einer Stadt wie Berlin immerhin ca. 400 „Geheime“ - wenn man einmal davon ausgeht, daß die Masse der „Geheimen“ nicht im Ausland spioniert, sondern im Inland, was bei der Planstellenwut des Verfassungsschutzes naheliegen dürfte.

Was kommt demnächst?

Der Bundestag nimmt am 26.2. seine Beratungen wieder auf. Nächste Bundessitzung ist am 1. März, dort geht es u.a. um das Jahressteuergesetz 1996. Ebenfalls am 1. März beginnt in Bangkok (Thailand) ein zweitägiges Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs von EU und ASEAN. Am 7. März tagen die Ministerpräsidenten der Länder, u.a. über die Verlegung auch des Bundesrates von Bonn nach Berlin.

Jagdszenen aus Stuttgart

**Polizei, LKA & BKA auf „Kurdenjagd“
Fast 100 Freiheitsentziehungen**

Sonntag nacht vom 11. auf den 12. Februar und am Montag in den frühen Morgenstunden begann in Stuttgart die Festnahme von insgesamt 98 Kurdinnen und Kurden in Polizeigewahrsam. Sie wurden bis zum Dienstag, 8 Uhr festgehalten. Einige wurden „nur“ den ganzen Tag von der Polizei am Arbeitsplatz und zu Hause bewacht.

3.000 Beamte gegen eine angeblich geplante Demonstration

Über 3.000 Polizisten waren im Einsatz. Sie riegelten die Stadt an allen Ausfallstraßen ab, die Personenkontrollen verursachten Staus bis zu einer halben Stunde. Einige Werkzeuge und volle wie leere Benzinkanister wurden als Waffen beschlagnahmt. Im Hauptbahnhofbereich mit der Fußgängerzone Klettpassage wurden alle Zugänge von Polizeiketten verstellt, die Bahnsteige kontrolliert, Schwarzhaarige Personenkontrollen unterzogen, Taschen und Kleider untersucht. In der Fußgängerzone Königstraße das gleiche Bild einer Menschenjagd.

Begleitet wurde die Aktion durch die stündliche Wiederholung in den Radionachrichten, es seien unerlaubte Demonstrationen und Angriffe auf öffentliche Einrichtungen durch die Kurdische Arbeiterpartei PKK zu erwarten. Am Freitag berichteten dann auf einer Pressekonferenz der Grünen Rahausfraktion Rechtsanwalt Roland Kugler und Kurdinnen und Kurden über diese Verfolgungsmaßnahmen. Es wurden nicht etwa Tatverdächtige oder Angeschuldigte Personen festgenommen, sondern die Freiheitsentziehung erfolgte „vorbeugend“, mit der Behauptung, von diesen Personen gehe die Gefahr strafbarer Handlungen aus. Rechtsanwalt Kugler berichtete, daß ihm Leute gesagt haben: „Ich dachte, sowas gibt's in Deutschland nicht, nur in der Türkei!“ Seit einiger Zeit gibt es aber eine derartige Regelung im Polizeigesetz.

Die Ingewahrsamnahmen erfolgten alle mit gleichlautenden Beschlüssen des Amtsgerichts Stuttgart. In die hektographierten Texte mußten in vorgegebene Lücken nur noch die Personalien der Festgenommenen eingetragen werden. Auch die Protokolle der Vorführung bei der Haftprüferin waren so vorgefertigt. Alles wurde von derselben Richterin unterschrieben.

Ein Bürgerkriegsszenario — völlig unbewiesen

In den Serien-Beschlüssen der Haftprüferin werden reihenweise unbewiesene und falsche Behauptungen aufgestellt. Da heißt es: „Die Überprüfung der Person ergab, daß sie der verbotenen PKK bzw. der Jugendorganisation YCK zuzurechnen ist.“ Ein Beweis dafür wird erst gar nicht versucht. Zur Begründung der Gefährlichkeit wird dann behauptet: „In Stuttgart soll es am 12.02.1996, gegen 16.00 Uhr, zu einer zentralen Demonstration von kurdischen Volkszubehörigen, gesteuert durch die verbotene PKK, im Bereich des Stuttgarter Schloßplatzes kommen. Als Teilnehmer sollen bis zu 2.000 Aktivisten und Patrioten der Organisation mobilisiert werden. Diese Personen sollen aus ganz Baden-Württemberg anreisen. Es ist weiter geplant, daß durch Teile der Jugendorganisation der PKK (YCK), den sogenannten Sahinlern, dann aus der Demonstration durch Steinwürfe, Fahnenhaken und dergleichen provoziert

wird, daß ein polizeiliches Einschreiten erforderlich wird. In der Folge soll dann sowohl im Schutze der „Demonstrationsmasse“ als auch in Kleingruppentaktik der „Kampf“ fortgeführt werden... Diese Gruppen sollen mit verschiedensten Tatwerkzeugen (Molotow-Cocktails, Steinen, Stangen) Anschläge auf überwiegend deutsche Einrichtungen (Geschäfte, Verkehrsmittel u.ä.) verüben...“

Auf der Pressekonferenz schilderten dann Zeugen und derart verleumdete Personen die Razzia: Viele wurden morgens zwischen 4 und 5 Uhr zu Hause festgenommen, teils waren 20 Beamte im Einsatz; manche wurden vor ihrer Schule festgenommen, manche am Arbeitsplatz; in Flüchtlingswohnheimen wurde durchsucht und festgenommen.

Eine 14jährige Schülerin der Schloßrealschule war nachmittags mit ihrer Freundin in der Königstraße. Auf ihre Frage: „Was ist hier los?“ wurde sie angeherrscht zu verschwinden, geschlagen, an den Haaren gezogen und gegen ein Auto geworfen.

In der Wohnung eines jungen Kurden erschien die Polizei morgens um sieben mit zwölf Beamten in Zivil und Uniform. Der Bruder sagte, er sei bei der Arbeit. Als der Gesuchte um zwölf Uhr nach Hause kam und dies hörte, ging er freiwillig zur nächsten Polizeiwache, um zu erfahren, was los sei. Er wurde bis zwölf Uhr am nächsten Tag in Gewahrsam genommen. Ein Vorstandsmitglied des Deutsch-Kurdischen Freundschaftsvereins wollte mit seiner Familie zum Einkaufen in die Königstraße. Er wurde dreimal kontrolliert. In der Königstraße wurde ihm gesagt, Kurden dürften drei Tage nicht aus dem Haus gehen, er solle nach Hause verschwinden.

Erst am späten Nachmittag formierte sich Protest, zwei Gruppen von zehn bis zwanzig Leuten riefen: „Deutsche Waffen raus aus Kurdistan!“ und „Weg mit dem PKK-Verbot!“ Sie wurden mit einem Knüppelinsatz abgeräumt.

Die Razzia war politisch vorbereitet durch Generalbundesanwalt Nehm, Geheimdienstkoordinator Schmidt-bauer und den hessischen Verfassungsschutz, die ein Fernseh-Interview des PKK-Generalsekretärs Öca-lan Ende Januar so auslegten, er drohe mit Aktionen gegen die BRD.

Von den monströsen Behauptungen der Polizei in den Haftbefehlen wurde nicht das geringste belegt: weder gab es Demonstrationsaufrufe, noch eine Demonstration, es gab keine zugeworfenen Demonstranten, keine Plakate, Fahnen und keine Waffen.

Newrozfest wird nicht erlaubt

Am 16. Februar sind die Verhandlungen des Newroz-Komitees mit der Stadt Stuttgart über das Newrozfest gescheitert. Nachdem alle Bedingungen der Stadt erfüllt wurden - Beteiligung türkischer Organisationen, ein breiter Trägerkreis, Veranstaltungstermin erst nach der Landtagswahl am 24. März - hatte die Bürgermeisterin Müller-Trimbusch eine Woche zuvor noch von der Unterstützung der Stadt für einen Saal für 7.000 Menschen gesprochen. Am 16.2. war dann ein neuer Polizeivertreter anwesend sowie ein Staatsschutzbeamter, die deutlich machten, das Fest werde nicht genehmigt. Dabei wurde auch auf die Razzia am 12.3. hingewiesen. Die Bürgermeisterin schien betroffen und bat, den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen. (ulk)

Ende Januar fiel der ARD eine geheimgehaltene Studie über polizeiliche Fremdenfeindlichkeit in die Hände. Ein Paukenschlag in den Medien folgte. Schadenfreude allerorten über die Blauäugigkeit von Politikern, ein solches Papier in den Schubladen horten zu wollen. Doch die Umstände der Veröffentlichung sind die einzig belustigenden. Alles andere stimmt höchst bedenklich. Imerhin kann es als historisches Ereignis bewertet werden, daß Innenminister eine wissenschaftliche Untersuchung mit derart brisantem Forschungsziel in Auftrag gaben. Die Ergebnisse, wissenschaftlichen Interpretationen und Reformvorschläge decken sich in weiten Teilen mit dem, was die Kritischen PolizistInnen seit Jahren thematisiert haben. Die Installation von Polizeibeauftragten wird ebenso empfohlen wie Modifikationen des Führungsverhaltens, Supervisionen und Antidiskriminierungstrainings.

Unter Federführung des Psychologen Manfred Bornwasser und des Soziologen Roland Eckert befaßte man sich mit „Ursachen und Ausdrucksformen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit innerhalb der Polizei. (...) Das praktische Ziel (...) sollte es sein, „die Polizei besser auf die Kontakte und auch Konflikte mit Bürgern ausländischer Herkunft vorzubereiten. Hierzu sollten Vorschläge zur Verbesserung der Aus- und Fortbildung sowie zu anderen hilfreichen Maßnahmen entwickelt und zur Diskussion gestellt werden.“

Initiator war die Innenministerkonferenz, was wohl dem Druck der Öffentlichkeit aufgrund von Polizeiskandalen und einigen polizeiinternen Forschungsergebnissen zum Thema Fremdenfeindlichkeit geschuldet war.

Die Bedeutung, die die IMK dem Thema beimißt, läßt sich an dem für die Studie bereitgestellten Finanzrahmen ablesen: 50.000 DM, etwa 3.000 DM für jedes Bundesland, ein klägliches Betrag. In der Projektskizze und im Fazit finden sich Hinweise auf den eingeschränkten Erhebungsrahmen: „Ziel... war es nicht, quantitative Aussagen über die Verbreitung von ausländerfeindlichen Einstellungen, Übergriffen und Straftaten innerhalb der Polizei zu treffen. Dazu wäre eine aufwendige Dunkelfeldforschung notwendig gewesen ...“

Die Kritischen Polizisten vertreten seit ihrer Gründung vor zehn Jahren die These, daß Übergriffe täglich vorkommen. Auch in der kriminologischen Polizeiforschung vermutet man ein Dunkelfeld. So bergen Übergriffe geringere Risiken für Täter in Uniform. Wenn zwei Polizeibeamte einen Festgenommenen in einer Zelle mißhandeln, tendieren die juristischen Chancen des Opfers gegen Null. Doch die Innenministerkonferenz zeigte zu keinem Zeitpunkt Interesse an der Aufhellung des Dunkelfeldes.

Die Forscher wählten den einzig gangbaren Weg und traten an die PolizistInnen selbst heran. Sie lauschten in acht Workshops den je zwischen zehn und 20 PolizeibeamtInnen.

Einige Auszüge aus der Studie

Kommentar zum Tod eines Tatverdächtigten, der von Polizisten auf der Wache offensichtlich geschlagen worden war: „Es werden Tausende (von der Polizei) geschlagen und sterben nicht — das war Pech!“ „Wenn mich jemand anbrüllt, gibts den Knüppel.“ Der Aussage: „98% aller Polen sind Abzocker“ wurde von Workshopteilnehmern nicht widersprochen. „Kosovo-Albaner = Messerstecher.“ Vor allem nach Einbruch der Dunkelheit sei die Innenstadt „fest in ausländischer Hand“; viele deutsche Frauen „trauen sich nachts kaum mehr vor die Tür.“ Jugoslawen und Albaner könne man meist den Bereichen Organisierte Kriminalität, Men-

schenhandel und Prostitution zurechnen. Schwarzafrikaner seien häufig Dealer und Verführer der Jugend, viele müssen man als primitive, dumme und verantwortungslose Untermenschen bezeichnen („haben AIDS, vögeln unsere weißen Frauen“). Osteuropäer (besonders Polen) seien zumeist als illegale Schwarzarbeiter in Deutschland. Im Grunde seien sie „arme Schweine“, doch viele „klauen wie die Raben, saufen, randalieren und sind asozial“. Der prototypische Zigeuner „schafft nix“ und lebt als „Schmarotzer“. Türkische Dealer „stinken nach Knoblauch, fah-

Akkus für Funkgeräte“ an, führt über die Wohnortferne vom Dienstort bis hin zur Besorgnis der steigenden finanziellen Belastungen der öffentlichen Haushalte durch Migrationsprobleme. Die AutorInnen hätten deutlicher machen müssen, daß Maßnahmen und Reformvorschläge weniger an der Reduktion des subjektiven Streß ansetzen sollten. In einer Dissertation zum Konfliktverhalten von Polizeibeamten betonte der Psychologe Rainer Wensing, daß Streßursachen von sekundärer Bedeutung seien und es vielmehr auf die Qualität der Streßbewältigung ankomme. Die



„Polizei und Fremde“

Martin Herrnkind über eine Studie* der Innenminister zu Polizei und Fremdenfeindlichkeit

ren große Autos und haben eine mittelalterliche Mentalität“.

„Wenn du einen Ausländer kontrollierst, der dazu noch schlampig aussieht, beträgt die Trefferquote 99%.“

Auch wenn sich diese Einstellungen nicht verallgemeinern lassen, zeigt sich doch ein Stimmungsbild, das signifikante Auswirkungen auf das praktische Polizeihandeln vermuten läßt. Hinzu kommt: Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sich die ModeratorInnen in manchen ihrer Interpretationen von den „polizeilichen Professionals“ haben überrumpeln lassen. Dabei wird die Rolle der Polizei als diskriminierende Institution lange diskutiert. Der Kriminologe Jürgen Mansel wies die Selektion polizeilicher Kriminalitätsbekämpfung nach ethnischen Gesichtspunkten über Statistiken nach. Auch Cornelia Schmalz-Jacobsen, Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, unterstellt diesen „Polizeieffekt“. Die Theorie fügt sich nahtlos in die Logik polizeilicher Verdachtschöpfung. Im Standardwerk der wissenschaftlichen Kriminalistik bezeichnet der Kriminalbeamte Störzer als geläufigste Verdachtsgewinnungsstrategie die „intuitive“, die er auf Berufserfahrung und Menschenkenntnis gründet. Aus dem „professionellen Wissen der Beamten“ ergäben sich „Erfahrungssätze und Typisierungen“, die „betreffen, was normal ist, und dann das, was Verdacht erregt ...“ Doch Störzers „professionelle Typisierungen“ sind in der Praxis zumeist nichts anderes als spießbürgerliche Stereotypen, „latente Vorurteile gegenüber ethnischen Minderheiten“, wie Schneekloth in einer Untersuchung feststellte. Schon dieser Rückblick auf die Polizeiforschung relativiert den Neuigkeitswert der in der Studie analysierten Gefahr fremdenfeindlicher Typisierungen.

Ebensowenig neu, aber im Ergebnis doch hilfreich erscheint die Analyse der Streßfaktoren im Polizeidienst. Allerdings ist Kritik an der Deutung dieser Streßfaktoren angebracht. Denn der von den PolizistInnen subjektiv wahrgenommene Streß fängt bei „veralteten

AutorInnen scheinen hier andere Schlüsse gezogen zu haben:

„Sicherlich sind unter Polizeibeamten auch kritische und distanzierte, rassistische und fremdenfeindliche Einstellungen gegenüber einzelnen Ausländergruppen wiederzufinden, wie sie auch in anderen Teilen der Bevölkerung existieren. (...) Die Ursachen fremdenfeindlicher Übergriffe von Polizeibeamten sind freilich nicht einfach in diesen Einstellungen zu sehen, sondern vielmehr in den Arbeitsbedingungen, die sich — je länger sie andauern — in feindseligen Einstellungen und Affekten sedimentieren.“

Fazit der Studie: „Wenn Fremdenfeindlichkeit innerhalb der Polizei zunächst weniger ein Problem individueller Einstellungen als vielmehr struktureller Belastungen ist (...), wird es vor allem darauf ankommen, die Belastungssituation nicht weiter anwachsen zu lassen (also etwa die Verdienstmöglichkeiten durch Drogenhandel und Zuhälterei zu begrenzen, der illegalen Einwanderung und ethnischen Segregation entgegenzuwirken.“

Solche Deutungen des Problems verkennen die daraus fast zwingende staatspolitische Konsequenz: Unser Modell des Rechtsstaats versagt innerhalb gegenwärtiger gesellschaftlicher Realitäten! Oder, wie es einmal drastisch, aber treffend der Bundesjugendvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Günter Meiners, auf den Punkt gebracht hat: „Entschuldigen Sie bitte die Mißhandlung und die kleine Folter, aber ich bin leider gestreßt, demotiviert, unterbezahlt und überarbeitet!“

Mehrach liest sich die Studie so, als fließe fremdenfeindliches Verhalten logisch aus dem Kontakt mit nichtdeutschen Kriminellen. Es wird nicht die Frage gestellt, ob es eine „andere Polizei“ geben könnte, die „anders“, nämlich im Geiste und mit dem Menschenbild unseres Grundgesetzes dieselben Aufgaben zu bewältigen imstande wäre.

Die These der Kritischen PolizistInnen, daß sich im Laufe der beruflichen Sozialisation im autoritär geprägten

deutschen Polizeiapparat spezifische Einstellungen, Wahrnehmungsmuster und Verhaltensweisen entwickeln, welche fremdenfeindliche Haltungen begünstigen, wird von den WissenschaftlerInnen zurückgewiesen:

„Es ist weniger die berufliche Sozialisation als solche als vielmehr die Sozialisation über schwer zu verarbeitende Interaktionserfahrungen, die zu entsprechenden Einstellungen und Handlungsweisen führen kann. Ähnliches gilt für die Vermutung, daß es sich letztlich um Kompetenzdefizite handele, aufgrund derer spezifische Streßsituationen des Polizeialltags sowie berufstypische Belastungen und Frustrationen (z.B. aufgrund von Mißerfolgserfahrungen) nur unzureichend bewältigt werden können. Gewiß ließen sich durch sorgfältige Personalauswahl und vorbildliche Führung Kompetenzen verbessern und sicherstellen. Gleichwohl können die praktischen Probleme auch hochkompetente Mitarbeiter irgendwann einmal überfordern.“

Zweifelhafte Analyse

Diese Analyse ist in ihrer Schwerpunktsetzung anzuzweifeln. Menschen, die diesen Beruf wählen, sind häufig „autoritäre Charaktere“. Und gerade sie wurden und werden traditionell protegiert. Sie haben dem Berufsbild ihren Stempel aufgedrückt. So finden bspw. die nahezu überflüssigen militärischen Strukturen polizeilicher Organisation ihre Entsprechung in einem autoritären Staats- und Polizeiverständnis leiten der PolizeibeamtInnen und PolitikerInnen. Aus ihnen resultiert eine Organisationskultur, die nach innen und außen ein „Schwarz-Weiß-Denken“ fördert.

Autoritäres Staats- und Berufsbild führt zu Fehlverhalten

Und genau hier ist eine „polizeiliche Sozialisation“ zu erkennen, die das in der Studie analysierte Fehlverhalten in der Polizei erheblich begünstigt. Stramme „Law-and-Order“-Vertreter mit mangelndem sozialem Gespür müssen in einem gewaltenteiligen, sozialen Rechtsstaat fast zwangsläufig an ihrer Aufgabe resignieren. Denn sie definieren unerfüllbare Ansprüche. Wer sich als letzte Bastion von Recht und Ordnung versteht, muß sich in Konsequenz in den Werten wiederfinden, die uns in Charles Bronson-Filmen vermittelt werden. So steht die in vielen deutschen Wachen gelebte Polizeikultur derjenigen diametral gegenüber, die sich logisch aus unserem Grundgesetz ergeben sollte.

Die Polizeikultur korreliert insbesondere in Extremsituationen mit rechtmäßigem Polizeihandeln. Denn Werte beeinflussen das Handeln. Das Grundgesetz mit seinen Werten, den Grund- und Menschenrechte, und die sich aus ihm ableitenden Begrenzungen staatlicher Macht müssen von Polizei-„VollzugsbeamtInnen quasi internalisiert werden. Kaum jemand riskiert seine Gesundheit für Normen, die er persönlich nicht mitträgt. Deshalb müssen PolizistInnen nicht nur die Normen kennen, sondern auch die Normzwecke sowie ihre sozialwissenschaftlichen Begründungen! Genau hier tut sich in den Äußerungen der „Workshop-PolizistInnen“ nicht nur ein Abgrund auf, sondern ein Marianengraben.

* Privatdozent Dr. Manfred Bornwasser / Prof. Dr. Roland Eckert / Dipl. Psych. Johannes Jungbauer / Dr. Helmut Willems: Abschlußbericht „Belastungen und Gefährdungen von PolizeibeamtInnen und Polizeibeamten im alltäglichen Umgang mit Fremden“ zum Projekt „Polizei und Fremde“.

Martin Herrnkind ist Bundesvorstandsmitglied der „Kritischen PolizistInnen“. Eine ausführliche Fassung seines Artikels erscheint in der neuen „Unbequem“.

Läuft das Entsendegesetz ins Leere?

Arbeitgeber wollen Streit um Mindestlöhne für ausländische „Sub-Arbeitnehmer“ zur erneuten Tariflohnsenkung nutzen / IG Bau kündigt Protest gegen Tarifbruch an

Lange Zeit sah es so aus, als würden Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Bau- und Baubranche an einem Strang ziehen. Gemeinsam forderten sie ein nationales Entsendegesetz, das die legale Billiglohn-Konkurrenz von EU-Arbeitnehmern insbesondere aus Portugal, Großbritannien, Irland, Spanien und Griechenland verhindern soll, nachdem ein entsprechender Vorstoß Deutschlands vom EU-Ministerrat mittels der Sperrminorität o.g. Länder bereits Ende 1994 abgelehnt worden war. Trotz allgemeiner Empörung (und obwohl mehrere europäische Staaten wie Frankreich, die Benelux-Staaten nationale Vorschriften längst erlassen hatten) wurde nur ein Bundesland, Berlin, aktiv. Es forderte ab sofort für öffentlich finanzierte Bauvorhaben eine „Tariftreue-Erklärung“ von den Bauträgern.

150.000 bis 200.000 Arbeitnehmer aus EU-Ländern arbeiten derzeit zu Löhnen von knapp 5 bis höchstens 12 Mark auf Baustellen in Deutschland. Von diesem Lohndumping profitieren vor allem Großunternehmen, die über ihre EU-Tochtergesellschaften inzwischen rund 70% ihrer Bauleistungen erstellen lassen. Klein- und Mittelbetriebe gehen reihenweise pleite, 1995 waren es allein 5.450 Baubetriebe.

Ende 1995 waren 140.000 Bauarbeiter arbeitslos, jeden Monat kommen 700 hinzu.

Im Juli 1995 legte Blüm endlich ein Entsendegesetz vor: Danach sollten tarifvertragliche Regelungen des Bauhauptgewerbes über einen Mindestlohn und Urlaub auch auf in Deutschland tätige ausländische Beschäftigte angewandt werden; ausländische Arbeitgeber sollten in das Sozialkassenverfahren einbezogen werden; bei Verstößen drohte ein Bußgeld von 50.000 Mark; die Kontrolle sollte bei den Ländern liegen; Geltungsdauer des Gesetzes: 2 Jahre.

Während Gewerkschaften und Bauarbeiter den Entwurf im Grundsatz

begrüßten, aber mehrere Änderungen im Sinne einer Verschärfung forderten, kündigten Sprecher der Arbeitgeberseite an, das Gesetz über die dort geforderte Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) scheitern zu lassen.

Als Grund nannten sie, daß der im Baugewerbe niedrigste tarifliche Stundenlohn von 20,24 Mark weit über dem Metallecklohn in Höhe von 18,14 Mark liege. Ein solches gesetzliches Lohnniveau in der Baubranche würde auch die Löhne in anderen Wirtschaftszweigen präjudizieren. Eine Unmöglichkeit, eine ordnungspolitische Sünde!

Die deutsche Wirtschaft müsse im Gegenteil mit dem Zweck der Lohnsenkung jede Möglichkeit nutzen, die Reglementierung des Tarifsystems zu durchbrechen. Deshalb könnten sie nicht für die Einführung eines „Reichseinheits-Mindestlohns“ in der Bauwirtschaft sein.

Damals widersprach der Arbeitgeberverband der Bauindustrie noch und forderte die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände auf, das Entsendegesetz nicht scheitern zu lassen.

In einigen Punkten konnte mit Hilfe des Bundesrates das Entsendegesetz verbessert werden: Die Kontrolle über jetzt die Bundesanstalt für Arbeit und die Hauptzollämter aus; Bußgelder können bis zu einer Höhe von 100.000 Mark verhängt werden, und die Laufzeit wurde bis Ende 1999 verlängert.

Nach wie vor ist das Inkrafttreten jedoch von der Zustimmung des Tarifausschusses zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung abhängig.

Graf Lambsdorff forderte die Arbeitgeber auf, bei ihrem Nein zu bleiben, es sei denn, der tarifliche Mindestlohn im Baugewerbe wäre entsprechend niedrig. Die Vorstellungen reichen denn auch von 17 bis 18 Mark bei den Bau-Arbeitgebern über 15 bis 16 Mark beim BDA hinunter bis zu 12 Mark, welche den Hauptgeschäftsführer des Textil-



Eine bundesweite Kampagne gegen Tarifbruch hat die IG Bau auf einer Pressekonferenz am Mittwoch dieser Woche angekündigt. Wenn die Arbeitgeber nicht von ihrer Anmaßung abrücken, alle bereits abgeschlossenen Verträge mit ausländischen Subunternehmen sollten trotz des neuen Entsendegesetzes unverändert fortgelten, werde es bundesweite Protestaktionen geben, kündigte die Gewerkschaft an.

verbandes zum Überdenken seiner Haltung veranlassen könnte.

Neben dem Mindestlohn ist der Zeitpunkt des Inkrafttretens strittig. Während nach Auffassung der IG Bau nur ein sofortiges Inkrafttreten Sinn macht, fordern die Bau-Arbeitgeber, daß laufende bzw. bis zum 1.3.96 abgeschlossene Verträge nicht unter das Entsendegesetz fallen dürften. Da Großbaufträge aber eine Laufzeit von mehreren Jahren haben und bis zum 1. März auch die Klein- und Mittelbetriebe ihre Jahresverträge abgeschlossen haben werden, würde das Gesetz erst in einem Jahr, für Großbauprojekte vermutlich erst dann greifen, wenn es bereits abgelaufen ist.

Wenn es keine Einigung zwischen den Tarifparteien gibt, gibt es kein Inkrafttreten des Entsendegesetzes! Für die IG Bau, die bei den derzeit laufenden Tarifverhandlungen einen Mindestlohn

von 24 Mark pro Stunde fordert, eine schwierige Situation. Soll sie einen Mindestlohn zustimmen, der unter dem derzeit niedrigsten Stundenlohn liegt, wissend, daß damit die Zustimmung im Tarifausschuß noch längst nicht sicher ist? Soll sie die Verhandlungen scheitern lassen und damit den „Schuldigen“ für weitere Entlassungen abgeben?

Zunächst einmal hat sich die IG Bau fürs Kämpfen entschieden. In dieser Woche hat sie eine Kampagne gegen Tarifbruch gestartet, die das ganze Jahr über fortgesetzt werden soll. Die nächsten Verhandlungen mit den Arbeitgebern finden am 28.2. statt. Sie sollen von bundesweiten Protestaktionen begleitet werden. (har)

Quellen: „Handelsblatt“, insbes. Juli 95 bis Febr. 96; sozialpolitische Informationen vom 1. August 1995; gem. Schreiben der Senatsverwaltungen für Bau- und Wohnungswesen sowie für Arbeit und Frauen, Berlin, vom 30.1.95



Auf Berliner Baustellen arbeiten nach Schätzungen der Gewerkschaft bis zu 30.000 „illegale“ und weitere tausende ausländische „Subarbeitnehmer“ zu niedrigsten Löhnen. Nach den Vorstellungen der Baukapitalisten sollen diese Verträge, von denen viele in Erwartung des „Hauptstadtgeschäfts“ auf Jahre hinaus abgeschlossen wurden, durch das neue Entsendegesetz nicht aufgehoben werden.

Notizen aus Böhmen

★ Vom 15. bis 17. März findet in Marienbad ein Treffen des Kulturrates der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) mit Vertretern der sogenannten „Begegnungszentren“ (Einrichtungen, die von der Bundesregierung gesteuert sind) und der einzelnen Verbände der Deutschen aus der Tschechischen Republik statt. Dabei soll die kulturelle Arbeit der Landsmannschaft und ihre Zusammenarbeit mit den deutschen Verbänden besprochen werden.

Was die „Kulturarbeit“ der Sudetendeutschen Landsmannschaft betrifft, schrieb seinerzeit über diese Tätigkeit der unlängst gestorbene SL-Amtsträger und rechtsextreme Publizist Reinhard Pozorny (während des Krieges ein Gestapo-Spitzel in Pilsen): „Die Kulturpolitik unserer Landsmannschaften vollzieht sich im Vorfeld der Heimatpolitik ihrer Volksgruppen. Sie ist also ein Instrument des politischen Daseinskampfes der Volksgruppenorganisation und klar und eindeutig auf das Ziel der landsmannschaftlichen Arbeit eingestellt.“

★ Siemens besitzt in der Tschechischen Republik schon elf Absatz-, Service-, Montage- und Produktionsge-

sellschaften mit fast 9.000 Angestellten.

Im Geschäftsjahr 1994/1995 konnte man Aufträge für 14 Milliarden Kronen (ca. 77 Millionen DM) und einen Umsatz von 12 Milliarden Kronen (ca. 66 Millionen DM) verzeichnen. Zehn der 17 Bereiche der Siemensproduktion werden von Betrieben aus der CR beliefert.

★ Der deutsch-tschechische Handelsaustausch legte 1995 deutlich zu. Der Import aus Deutschland wuchs um 30 Prozent, der tschechische Export um 19,4 Prozent. An gesamten tschechischen Außenhandel hat die BRD einen Anteil von 28,5 Prozent. Der deutsch-tschechische Handelsaustausch ist jetzt Argument für Premier Vaclav Klaus, wenn er Urteile über eine dramatische Verschlechterung des Nachbarschaftsverhältnisses als „völlig überzogen“ abwehrt.

★ Das deutsche Kapital hat einen weiteren Erfolg im Kampf um die totale Beherrschung der tschechischen Presse erreicht. Der Springer-Verlag hat nämlich 49 Prozent der Aktien von der schweizer Gesellschaft Ringier gekauft und kann damit die „Regierungs-Tageszeitung“ Lidove noviny wesentlich beeinflussen.

Ab Januar 1996 hat Springer auch einen „wesentlichen Anteil“ an der Prager Wochenzeitung Tyden (Die Woche). (e.h., Pilsen)

Und schon bist du „illegal“ ...

Beispiele zur Situation polnischer „Irregulärer“ in Berlin und Umgebung

Nicht vom Entsendegesetz erfaßt würden sogenannte Werkvertragnehmer, Saisonarbeitskräfte aus Mittel- und Osteuropa. Für sie gilt schon heute, daß sie zu Tariflöhnen (befristet) beschäftigt werden müßten. Die Praxis sieht jedoch so aus, daß viele schnell aus einem legalen in einen illegalen Zustand versetzt werden. Dies könnte auch einem Großteil der Arbeitnehmer aus den EU-Staaten passieren. Damit aus den „billigen Legalen“ nicht „Illegale“ werden, hat die IG Bau einen Tarifvertrag zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung vorgeschlagen. Wir dokumentieren hier einen Beitrag von Norbert Cyrus „Zur Situation irregulärer polnischer Zuwanderer in Berlin“ - aus Platzgründen leider stark gekürzt.

„Eine der wichtigsten ausländerrechtlichen Bestimmungen ist das Verbot der Arbeitsaufnahme. Die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ist polnischen Staatsangehörigen nur nach Erteilung einer entsprechenden Arbeitserlaubnis durch die deutschen Behörden gestattet. Seit 1991 haben jedes Jahr etwa 200.000 polnische Staatsangehörige eine Erlaubnis erhalten, um als Werkvertragsarbeiter, SaisonarbeiterIn, Gastarbeitnehmer oder GrenzgängerIn zu arbeiten. Die für diese Beschäftigungsverhältnisse vorgesehene erforderliche Aufenthaltsgenehmigung ist die zeitlich befristete „Aufenthaltsbewilligung“ nach § 28 des Ausländergesetzes vom 9. Juli 1990. Auch die erforderliche Arbeitserlaubnis ist zeitlich befristet und darüber hinaus mit den Auflagen versehen,

- daß die Arbeitsbedingungen nicht schlechter sein dürfen als für vergleichbare deutsche Arbeitskräfte und daß die geltenden tariflichen Regelungen bzw. das ortsübliche Lohnniveau eingehalten werden muß (§ 6 Arbeitserlaubnisverordnung - AEVO). Offiziell beschäftigte polnische ArbeiterInnen haben somit Anspruch auf gleichen Lohn wie ihre deutschen KollegInnen;

- daß nur eine bestimmte berufliche Tätigkeit in einem bestimmten Betrieb ausgeführt werden darf (Paragraph 1 Arbeitsaufenthaltsverordnung - AAV). Damit ist polnischen Beschäftigten ein Arbeitsplatzwechsel oder eine Änderung des ausgeübten Berufes verbaut.

Unter diesen aufenthaltsrechtlichen Rahmenbedingungen ergibt sich bei polnischen Staatsangehörigen demnach dann ein illegalisierter Status, wenn

- sie sich länger als drei Monate ohne Unterbrechung in der BRD aufhalten und keine Aufenthaltsgenehmigung einholen;

- sie eine visafreie Einreise zu einer nichtgenehmigten Erwerbstätigkeit nutzen;

- sie eine genehmigte Erwerbstätigkeit zu Bedingungen ausüben, die nicht den beschriebenen Anforderungen entspricht;

- sie trotz eines bei einem früheren Aufenthaltsgesetzes sie ausgesprochenen Einreiseverbotes erneut in die BRD kommen und sich hier aufhalten;

- sie sich nach Ablauf eines genehmigten Aufenthaltes weiterhin und nunmehr ohne Genehmigung in der BRD aufhalten.

Diese rechtlichen Rahmenbestimmungen führen zu vielfältigen Formen illegalisierter Aufenthalte, die sehr kurz und nur einige Stunden dauern können, aber auch auf Dauer angelegt sein können.

Einen illegalisierten Status haben zum Beispiel

- ein Mann, der vor einiger Zeit auf einer Baustelle als Schwarzarbeiter vorübergehend festgenommen, zur Ausreise aufgefordert und mit einem Einreiseverbot belegt wurde und der inzwischen die visafreie Einreisemöglichkeit wieder nutzt, um nach Absprache mit einem illegalen Arbeitsvermittler für kurze Aufenthalte in die BRD zu pendeln und hier wiederholt schwarz auf Baustellen zu arbeiten;

- ein Mann, der seit mehreren Jahren von den deutschen Behörden unbemerkt in Berlin lebt und hier regelmäßig einer unangemeldeten Arbeit nachgeht;

- die polnischen StudentInnen und SchülerInnen, die in ihren Semesterferien im letzten Sommer nach Berlin kamen und sich hier auf den Straßenkreuzungen mit dem Waschen von Autoschuttscheiben Geld verdienen;

- eine Frau, die seit über einem Jahr in

migrier Arbeitsverhältnisse feststellen. So schilderten polnische Werkvertragsarbeiter, daß sie unter der Androhung der Kündigung gezwungen wurden, unbezahlte Überstunden zu leisten, auf nichtgenehmigten Einsatzorten tätig zu werden sowie daß sie für „Fehlverhalten“ mit Lohnabzügen bestraft wurden. Die Bundesregierung hatte nach vielfältigen Protesten von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden die Überprüfung der Werkvertragsbeschäftigung verschärft und unangemeldete Kontrollen ermöglicht, um unter anderem die Zahlung der vorgeschriebenen Tariflöhne durchzusetzen ...

Wenn die WanderarbeiterInnen sich mit dieser Situation arrangieren können, dann deshalb, weil sie selbst zu solch ausbeuterischen Bedingungen aufgrund der Kaufkraftdifferenz zwischen Polen und der BRD noch ein Mehrfaches des polnischen Durchschnittslohnes erzielen können. Dies

schriebenen Konsequenzen der sozialen Ausgrenzung. Die Erkenntnis, daß irreguläre Zuwanderung nicht zu verhindern ist, wenn die deutsche Wirtschaft Wanderarbeitskraft nachfragt, hatte 1991 dazu geführt, daß für die Beschäftigung von WanderarbeiterInnen aus Osteuropa zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse eingeführt worden waren. Mit der Einführung von Saisonarbeit, Werkvertrag, Gastarbeitnehmer- und Grenzgängerbeschäftigung waren nach Angaben der Bundesregierung die Ziele verbunden, bestehende illegale Beschäftigungsverhältnisse zurückzudrängen, den WanderarbeiterInnen gleiche Rechte wie vergleichbaren inländischen Arbeitnehmern zu garantieren und den „Migrationsdruck“ aus Osteuropa besser zu kontrollieren ...

Zur Zeit wird vom Bundesarbeitsministerium eine Änderung der „Zumutbarkeitsregelung“ angestrebt, wonach SozialhilfeempfängerInnen und Arbeitslose zur Arbeit in der Landwirtschaft als Erntehelfer oder zur Beschäftigung im Hotel- und Gaststättengewerbe gezwungen werden können. Wer sich weigert, soll nach diesen Plänen weniger Sozial- oder Arbeitslosenhilfe erhalten. Betroffen sind von diesen Plänen auch die 140.000 SaisonarbeiterInnen, die bisher in diesen Wirtschaftsbereichen für bis zu drei Monaten eine Arbeitserlaubnis erhalten haben. Lange Jahre wurde im Agrarbereich ein informeller Arbeitsmarkt geduldet, auf dem unangemeldete Arbeitskräfte 10 bis 12 DM verdienen konnten. Anfang der neunziger Jahre wurde dieser informelle Arbeitsmarkt formalisiert und staatlicher Verwaltung unterworfen, wobei die bestehenden schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen beibehalten und als „ortsüblich“ offiziell anerkannt wurden. Der 1994 von Gewerkschaft und Arbeitgeber vereinbarte Tarifvertrag für Saisonarbeitskräfte liegt für Arbeitnehmer, die überwiegend mit leichten bis mittelschweren Arbeiten beschäftigt werden, bei 8,30 DM und für Arbeitnehmer, die überwiegend mit schweren Arbeiten beschäftigt werden, bei 10 DM. Nachdem die unattraktiven Arbeitsplätze „sichtbar“ gemacht und arbeitssamlich erfaßt wurden, sollen sie nun mit inländischen Arbeitskräften besetzt werden. Die Arbeits- und Lohnbedingungen, die zunächst bei der Beschäftigung irregulärer und später legalisierter WanderarbeiterInnen durchgesetzt wurden, setzen nun den Standard auch für inländische Arbeitskräfte ...

Durch die Kriminalisierung der WanderarbeiterInnen kann Schwarzarbeit nicht verhindert werden. Die Ausgrenzung der MigrantInnen führt jedoch dazu, daß irreguläre Arbeitgeber durch Betrug zusätzliche Gewinne machen können ... Diese Situation läßt sich aufheben, wenn die WanderarbeiterInnen entkriminalisiert werden und Anspruch auf allgemeinverbindliche Tariflöhne haben ...

Norbert Cyrus, Ethnologe, lebt in Berlin und arbeitet an einer Beschreibung und Analyse der polnischen Arbeitsmigration, Mitarbeit u. a. beim Polnischen Sozialrat e.V. und beim Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung. Hinweise auf andere Autoren wurden von uns ebenfalls aus Platzgründen herausgenommen. Der vollständige Text ist zu beziehen über: Polnischer Sozialrat e.V., Kohlfurterstr. 40, 10999 Berlin, Fax (030) 615 92 19 (har)



Polnische Landarbeiterin - wenn sie in die BRD kommt, billigste und rechtlose Arbeitskraft

Berlin lebt, hier in einer Gaststätte als Küchenhilfe arbeitet und den Aufenthalt nutzt, um Deutsch zu lernen und um nach ihrer beabsichtigten Rückkehr bessere berufliche Perspektiven zu haben ...

- aber auch die legalen polnischen Arbeitskräfte, wenn bei einer Kontrolle irreguläre Arbeits- und Lohnbedingungen festgestellt werden.

Festzuhalten bleibt, daß der Begriff „illegaler Status“ facettenreich ist und vielfältige Aufenthaltsmuster erfaßt ...

Durchsetzung ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse: Unter den Bedingungen der Illegalisierung können Arbeitgeber den Beschäftigten leicht ausbeuterische Bedingungen diktieren. Als ausbeuterisch gilt ein Arbeitsverhältnis, wenn die Beschäftigung zu erheblich schlechteren Bedingungen erfolgt als bei vergleichbaren deutschen Arbeitnehmern. In den Ergebnisprotokollen von Baustellenüberprüfungen durch die Bundesanstalt für Arbeit wurden mehrfach besonders ausbeuterische Arbeitsverhältnisse bei der Beschäftigung von osteuropäischen Arbeitskräften dargestellt. Ausbeuterische Arbeitsverhältnisse konnten wir aber auch im Rahmen offiziell geneh-

gilt auch für die irregulär Beschäftigten, die noch weniger Möglichkeiten als die legalen ArbeiterInnen haben, sich gegen Lohnbetrug zu wehren. Sowohl beim Polnischen Sozialrat als auch bei der Sozialberatung der Caritas häufen sich in letzter Zeit Fälle, wo illegale Arbeitsvermittler die vereinbarten Löhne nur zum Teil oder auch gar nicht auszahlen. Die irregulären Arbeitskräfte werden zusehends zum Freiwill der solcher Betrüger, die durch die völlig ungeschützte rechtliche Lage der Irregulären noch zusätzliche Gewinne erzielen ...

Fehlender Rechtsschutz bei Übergriffen: Die beschriebenen Notlagen und Schwierigkeiten stehen oft in dem Zusammenhang, daß irregulären Zuwanderern der Weg zu Behörden und Institutionen versperrt ist, weil sie statt Unterstützung mit Repression und Abschiebung rechnen müssen ...

Festzuhalten bleibt, daß die gegenwärtigen rechtlichen Instrumentarien eine unkontrollierte Zuwanderung aus Polen und eine irreguläre Beschäftigung von Polen durch deutsche Arbeitgeber nicht wirksam verhindern können, sondern vor allem zur Illegalisierung dieser Personen führt - mit den bereits be-

Streiks der Bergarbeiter in Rußland

Protest gegen verzögerte Lohnauszahlung und drohende Zechenschließungen

Der Streik der Bergarbeiter in Rußland wurde nach zwei Tagen beendet – vielleicht muß man richtiger sagen: unterbrochen. Denn die Streikenden haben angekündigt, den Streik am 1. März wieder aufzunehmen, wenn die Regierung ihre Zusagen nicht einhält. Und es scheint ziemlich unmöglich, daß die Regierung ihre Zusagen einhält.

Am 1. Februar war mehr als eine halbe Million Bergarbeiter in Rußland – darüber hinaus mehrere hunderttausend in der Ukraine – in den Streik getreten, um die Auszahlung ihrer Löhne durchzusetzen. Tage zuvor hatten bereits über 200.000 Lehrer in Rußland ihre Arbeit niedergelegt. Auch sie verlangten die Auszahlung ihrer Gehälter. Wie den Lehrern und den Bergarbeitern geht es einer großen Mehrheit der Lohnabhängigen, und keineswegs nur denen, die im öffentlichen Dienst oder in Staatsbetrieben beschäftigt sind: Sie erhalten ihren Lohn oft nur mit Monaten Verspätung, manchmal von mehr als einem halben Jahr. Im November 1995 standen auf diese Weise 42 Mrd. DM an Löhnen und Gehältern aus, die allein der Staat zu zahlen hatte. Im August letzten Jahres meldete die Gewerkschaftszeitung *Trud*, daß fast zwölf Millionen lohnabhängig Beschäftigte – damit jeder sechste Arbeitsfähige – von verzögerter Lohnauszahlung betroffen sei. Werden die Löhne dann endlich ausbezahlt, sind sie durch die Inflation von

bis zu 20% im Monat in den vergangenen zwei Jahren drastisch entwertet. Nicht minder katastrophal, wenn auch in den Auswirkungen nicht so unmittelbar, ist die Tatsache, daß viele Staats- und Privatbetriebe die gesetzlichen Beiträge in die Sozialversicherung nicht abführen und damit die Zahlungsfähigkeit der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherungen heraufbeschwören.

Vor allem im Bergbau wehren sich die Beschäftigten seit zwei Jahren durch immer neue Streiks gegen den De-facto-Lohnraub, so im Dezember 1993, im Februar 1994, im Februar 1995, im August 1995. Stets versprechen Regierung und Präsident die schnelle Anweisung der Löhne, stets geraten sie, spätestens nach einigen Monaten, erneut in Verzug. Zu Beginn des jüngsten Streiks war die Regierung mit 1,5 Mrd. Rubel (rund 483 Mio. DM), mehr als jemals zuvor, im Rückstand. Nur mit der Zusage, 600 Mio. Rubel (ca. 190 Mio. DM) unverzüglich auszuzahlen, erreichte die Regierung die Wiederaufnahme der Arbeit. Es ist jedoch absehbar, daß sie das Problem nur verschiebt; daß sie, was sie jetzt den Bergarbeitern auszahlt, anderen Beschäftigten durch weitere Verzögerung nimmt; daß sie auch im Bergbau schnell wieder in Verzug geraten wird.

Denn die Ursachen der Zahlungsunfähigkeit sind ja nicht behoben. Zum einen ist der russische Staatshaushalt



Bild: Eine der zahlreichen Protestaktionen während des Bergarbeiterstreiks gegen die Lohnraubpolitik der Regierung Jelzin

hoch defizitär. Zum zweiten sind viele Industriebetriebe nicht in der Lage, die Energiepreise zu zahlen, und bringen damit die Bergwerke in noch größere Geldnot. Vor allem seit die staatsseigene Eisenbahn die Tarife so drastisch erhöhte, daß der Transport teurer kommt als die eigentliche Förderung, bleiben die Zahlungen immer häufiger aus. Zum dritten sind die russischen Kohlebergwerke weitgehend veraltet und gestatet die Durchsetzung der Gesetze der Marktwirtschaft eine behutsame Strukturreform des Bergbaus nicht. Nach einer Weltbankstudie von 1992 förderte ein Bergarbeiter im Untertagebau pro Schicht 1,95 t in Rußland, in den USA dagegen 23,7 t. Entsprechend den drängenden Forderungen des IWF bereitet Jelzin inzwischen ein Dekret vor, das 140 von 220 Zechen mit der Schließung bedroht.

Schon jetzt zahlen die Bergarbeiter für die gnadenlose Entfaltung der Kon-

kurrenz nicht nur mit Lohnraub. Mit der Sowjetunion seien die alten Sicherheitsvorschriften untergegangen, und neue gebe es nicht, sagt man. Gesundheit und Leben der Bergarbeiter zählen nicht mehr viel – statistisch sieht das so aus, daß pro einer Million geförderter Tonne Kohle zwei Bergarbeiter im Schacht bleiben. Die Schließung von Bergwerken bringt nicht nur neue Massenarbeitslosigkeit: Sie führt zum Ruin ganzer Städte, die ganz vom Bergbau abhängen, zur Entwurzelung von Hunderttausenden Menschen, die in den Öden Sibiriens oder des Nordens, wohin sie die relativ guten Verdienstmöglichkeiten im Bergbau gelockt haben, keine andere Arbeits- und Lebensperspektive haben, und die nirgendwo hinkönnen, weil es dort keine Arbeit und keine Wohnungen gibt und ihr Ersparnis durch die Inflation völlig entwertet ist. Die Streiks im Bergbau kündigen einen großen Konflikt an.

(scc)

Das „dreiköpfige Monster“ am Ende

In Italien finden am 21. April Neuwahlen statt

Am 13. Februar ist das „dreiköpfige Monster“ (so die Zeitung *il manifesto*) geplatzt, die Übereinkunft zwischen den Rechtsparteien *Forza Italia* (Berlusconi) und faschistischer *Alleanza nazionale* sowie der *Demokratischen Partei der Linken* (PDS). Diese Parteien hatten sich zunächst auf den Finanzmann Maccanico als neuen Ministerpräsidenten und weitreichende Verfassungsänderungen geeinigt. Die Widersprüche zwischen den seltsamen Bündnispartnern erwiesen sich jedoch als zu groß, Neuwahlen sind die Folge.

Dabei war die Verständigung über institutionelle Veränderungen schon beängstigend weit gediehen. Ein Präsidialsystem war abgesprochen mit der Volkswahl des Staatspräsidenten, der die Kompetenzen der Außen- und Verteidigungspolitik übernehmen sollte. Damit würde die italienische Nachkriegsverfassung über den Haufen geworfen, die Regierung und Regierungstätigkeit an das Parlament bindet. Das Präsidialsystem ist eine zentrale Forderung der *Alleanza nazionale*: Sie greift antiparlamentarische Stimmungen auf und setzt an die Stelle der parlamentarischen Auseinandersetzung den Staatspräsidenten als „starken Mann“. Dabei machen sich die Faschisten durchaus Hoffnungen, diesen Posten unter eigene Kontrolle oder gar in die eigene Hand zu bekommen.

Nun ist der Durchmarsch zu diesem Ziel zwar gescheitert, aber die Faschisten haben in den letzten Wochen weiter gepunktet. Sie haben ihre zentrale Verfassungsänderung auch beim politischen Gegner durchgesetzt und die Bedingungen des „dreiköpfigen Monsters“

(bis hin zum Platzen) weitgehend diktiert. Nach aktuellen Umfrageergebnissen können sie derzeit mit ca. 20% Wählerstimmen rechnen; im letzten Dezember haben sie 100.000 Anhänger nach Rom auf traditionelle Kundgebungsplätze der Linken mobilisiert.

Was hat den Sekretär der Linksdemokraten, D'Alema, und die Führung der Partei zu diesem abenteuerlichen Kurs bewogen? Sie mußten wissen, daß sie durch das Zusammengehen mit den Rechten nicht nur in der eigenen Partei Widerstand erzeugten, sondern auch das „Mitte-Links-Bündnis“ *Ulivo*, dessen stärkste Kraft sie sind, äußerst strapazieren würden; daß sie linke Kräfte im politischen, gewerkschaftlichen, journalistischen usw. Bereich brüskieren würden: *Rifondazione comunista* hatte schon für den 24. Februar zur nationalen Demonstration gegen das „dreiköpfige Monster“ nach Rom aufgerufen, namhafte Gewerkschafter waren auf Gegenkurs gegangen und in einzelnen Fällen aus der PDS ausgetreten.

Die Bereitschaft zu diesem hohen Preis ergab sich wohl aus der Aussicht, für das Präsidialsystem eine für den PDS günstige Änderung des Mehrheitswahlrechts zu erhalten: den zweiten Wahlgang, der viele oppositionelle Kräfte zur Unterstützung für PDS-Kandidaten zwingen würde. Über eine Wahlrechtsänderung der Regierungsbeteiligung näher kommen, das sollte die Vereinbarung mit den Faschisten – jahrzehntelang absolutes Tabu – rechtfertigen. Jetzt liegt diese Politik in Scherben, und man muß befürchten, daß die Rechten von den Manövern der letzten Wochen profitieren.

(rok)

Tarifkonflikt beim Fiat-Konzern

Lohnhöhe nach Meinungsumfrage bei Kunden?

Die Tarifverhandlungen bei Fiat treten auf der Stelle. Ein zentraler Streitpunkt ist die Forderung des Konzerns, einen großen Teil der Lohnerhöhungen an die Kundenzufriedenheit zu koppeln. Dabei soll ein Meinungsforschungsinstitut Käufer von Fiat-PKW, -Traktoren und LKW nach ihrer Zufriedenheit fragen. Ergibt der ermittelte Index Zufriedenheit, will Fiat 600.000 Lire Erhöhung zugestehen, sonst nur 300.000 Lire. Dieser „CSI“ (client satisfaction index) soll dabei für alle Fiat-Beschäftigten gelten, egal ob sie nun irgendwelchen Einfluß auf die Fahrzeugqualität haben oder nicht (wie z.B. Beschäftigte in den Sparten Züge oder Flugzeuge).

Die Metallgewerkschaften, insbesondere FIOM/CGIL, forderten seit letzten Sommer Zuschläge für die Verbesserung der Arbeitsqualität, gemessen an der Verringerung des Ausschusses in der Fahrzeugmontage. Damit reagierten die Gewerkschaften einerseits auf das Rationalisierungskonzept von der „Totalen Qualität“ (*qualità totale*) der letzten Jahre, die Fiat-Variante der japanischen Produktionskonzepte „Kontinuierlicher Verbesserungsprozeß“ und *Lean Production*, andererseits auf die Entwicklung, daß die italienischen Konzerne die Lohnhöhe immer stärker an die Konzernbilanzen geknüpft haben. Mit den Zuschlägen für bessere Arbeitsqualität wollen die Gewerkschaften nun einen Ausgleich für die gesteigerte Leistungsabforderung erreichen, und zwar in einer Form, daß die Beschäftigten Einfluß auf ihre Lohnhöhe sichern.

Fiat erklärt sich trotz des großen Aufwands, der in allen Abteilungen für stän-

dige Verbesserungen getrieben wird, außerstande, einen betrieblichen Index für die Qualitätsverbesserung zu definieren, und will das Kundenurteil als verbindlichen Maßstab. Die Gewerkschaften sind der Meinung, Fiat könne die Qualitätsverbesserung betrieblich selbst messen. Das Unternehmen habe die nötigen Daten z.B. aus dem „Prozeß-Audit“, das schon durchgeführt wird. Sie vermuten, daß ein Hauptgrund für den Konzern darin besteht, die betrieblichen gewerkschaftlichen Vertretungskörperschaften aus der Auseinandersetzung um Qualitätsverbesserung und Lohnhöhe auszuschalten.

Ein weiterer Streitpunkt der Tarifverhandlungen ist der Umfang der Erhöhung der Jahreseinkommen: Die Gewerkschaften fordern 2 Mio. Lire (ca. 1.800 DM), Fiat will allenfalls 1,5 Mio. zugestehen. Außerdem verknüpft Fiat einen Abschluß mit der Einrichtung einer paritätischen Kommission von Konzern und Gewerkschaften, die Streitigkeiten „abkühlen“ und Streiks verhindern soll. Auch während der Verhandlungen der letzten Wochen galt ein „Moratorium“, das Streiks ausschloß. Es ist erst vor wenigen Tagen abgelaufen. Fiat fordert seine Verlängerung und kann sich dabei auf Zusagen von drei der vier verhandelnden Gewerkschaften stützen. Ob Streikmaßnahmen möglich sind, wie sie von der FIOM ins Gespräch gebracht wurden, ist deshalb fraglich. Allerdings haben auch schon während des „Moratoriums“ immer wieder Abteilungen die Arbeit niedergelegt, offiziell gegen zusätzliche Arbeitsbelastungen. Im Werk Turin-Mirafiori kam es bereits zu 16 solcher Arbeitsniederlegungen.

(rok)

Was kann ein mehr als 3000 Jahre altes Land wie den Jemen schon erschüttern? Sind nicht die Perspektiven ganze andere, wenn es in der Zeitrechnung eher um Jahrhunderte und um vielleicht Jahrtausende alte Strukturen geht? Wieviel Gewicht haben dann 5 oder 20 Jahre?

Trotzdem lebt das Land nicht mehr in der Zeit der Antike, wenngleich auch viele Spuren davon, z.B. in der Architektur, noch vorhanden sind. Heute ist der Jemen auch keine englische Kolonie mehr, von der zumindest die Jemeniten des Südens sich ehemals (1967) blutig befreiten; der Norden war noch bis Anfang dieses Jahrhunderts türkisch-osmanisch besetzt. Und dennoch ist das Land im Süden seit der gewaltsamen Eroberung durch die Nord-Regierung aus Sanaa im Jahr 1994 anders geworden. Informationen über die alltäglichen Situationen im Südjemen sind rar, welches westliche Presseorgan interessiert sich schon dafür? Wären nicht inzwischen Flüchtlinge aus dem Süden des zwangsvereinigten Landes selbst bis nach Deutschland gelangt, es gelänge kaum, ein Bild dieses Landes zu zeichnen. Damals hatte sich die *Frankfurter Rundschau* zu dem Krieg zwischen Nord und Süd geäußert: „Zehn Tage plünderten und raubten die Sieger in Aden, das sie durch die Wasserblockade bezwungen hatten“ (5.8.94)

Ein persönlicher Bericht eines Jemeniten

„Alle von uns waren familiär irgendwie untereinander verwandt oder verbunden, aber es gab einige Schwierigkeiten, vom Süden aus in den Norden zu gelangen,“ so berichtet Mohammed aus dem Südjemen, zur Zeit in Deutschland.

„Es dauerte immer einige Monate, bis die Erlaubnis für die Reise da war. Nach der Vereinigung im Jahr 1990 gab es zunächst eine große Euphorie, da man dachte, jetzt wird alles besser, aber das Gegenteil trat bald ein.“ Die Vereinigung war im Grunde in beider Landesteile Interesse, doch die Art der Vereinigung nahm auf die zuvor unterschiedlichen Gesellschaftssysteme keine Rücksicht. „Sie kamen zusammen, aber das ging zu schnell, denn es gab ja unterschiedliche Erfahrungen in beiden Landesteilen.“

Wenn man in einem sozialistischen System aufwächst oder -wie im Norden- unter einer eher streng traditionellen Kultur, dann können diese Unterschiede nicht so einfach überwunden werden — obwohl der Wille dazu auch im Süden vorhanden war. Dennoch hatte der Süden das Stigma der Nähe zur Sowjetunion oder zur DDR, die Nachbarländer wie Oman, Abu Dhabi, Saudi-Arabien oder der Nordjemen wollten keine Beziehungen mit diesem Süden haben, sie fürchteten den negativen Einfluß auf ihre feudalen Strukturen.

Wie war das tägliche Leben im Süden des Landes vor der Vereinigung?

„Es war im Grunde gut, selbst im Norden. Zwar war es im Süden einfacher, sicherer und billiger zu leben. Der Süden war im Gegensatz zum Norden abgeriegelt, man kam da nicht raus, aber es gab viel Sicherheit statt mancher Schießereien zwischen den Clans im Norden, man konnte das Leben ohne große Nöte angehen. Im Norden war ja die Bewaffnung relativ weit verbreitet; es schien normal zu sein, sich dort offen mit Waffen zu zeigen.“

Zwar gab es auch schon 1986 Auseinandersetzungen im Südjemen um den richtigen, sozialistischen Kurs, einige wollten diesen eher offener gestalten und mußten das Land — zum Beispiel in Richtung Syrien oder Sanaa — verlassen, und es blieb dann zwangsweise

bei der Sozialistischen Einheitspartei.

Welches waren die Vorteile im Süden?

„Erst mal konnte jeder zur Schule gehen und diese auch mit einem Abschluß beenden, dann konnte man für zwei Jahre zur Armee. Niemand blieb danach ohne Arbeit. Das Geld hat gereicht, um sich selbst versorgen zu können. Man sah niemanden, der keine Beschäftigung hatte.“

Die Religionsausübung war zwar frei, aber eine religiöse Organisation, etwa der streng konservativen Gruppen, war im Südjemen untersagt.

Und wie sah es mit der Gleichberechtigung aus?

„Auch für Frauen war es möglich zu arbeiten oder sich in einer politischen

sollte viel eher die Vorteile aus beiden Systemen zusammenbringen.“

Wie konnte es dem Norden gelingen, den Süden zu 'übernehmen'?

„Schon wenn die demografischen Daten verglichen werden, fällt auf, daß der Norden immer im Vorteil war. 10 Millionen gegen 2 Millionen.“

Die Menschen im Süden wollte auch nicht gegen den Norden kämpfen; wir sind ja Mitglieder der gleichen Familie. Vom Norden wurde eine regelrechte 'Fatwa' gegen den Süden geführt, d.h. gegen die Gotteslästerer; es wurde als eine gute Tat betrachtet, die Kommunisten zu bekriegen. Daher sind sie im Krieg, in den Kämpfen auch ziemlich hart vorgegangen.“

Und jetzt, wie sieht es jetzt aus?



Einer der Gründe für die Eroberung Südjemens durch den Norden war das Interesse der herrschenden Cliquen im Norden, sich die Ölfelder in Südjemen anzueignen.

Jemen - Der Norden übernimmt den Süden!

Gespräch mit einem Jemeniten im Exil

Gruppe zu organisieren - auch der Dienst in der Armee war möglich. Aber diese Möglichkeiten sind nun — nach der Vereinigung — absolut blockiert worden. Die jetzige Regierung will, daß die Frauen wieder zu Hause sitzen, um dort ihren 'Mutterpflichten' nachzukommen. Diese Veränderung ist eindeutig auf den Einfluß der islamischen Gruppierungen zurückzuführen, insbesondere der Islah-Partei.“

Diese bildet heute zusammen mit dem „Volkskongreß“ die Regierung des neuen Landes. Die Scharia ist einzige Rechtsgrundlage im Land geworden. Die ehemalige Sozialistische Partei ist gespalten, ein Teil ist ins Exil nach London gegangen.

Aber welche Wiedervereinigung hätte es sein sollen?

„Natürlich sollte es auf einer gemeinsam vereinbarten Grundlage stattfinden, nicht allein vom Norden aus beeinflußt werden. Auch diejenigen aus dem Süden, die schon immer mit dem Norden kollaborierten, haben jetzt nicht mehr viel zu sagen. Wer heute im Süden Arbeit kriegen will, darf nicht als Sympathisant der ehemaligen Sozialistischen Partei bekannt sein. Ich meine, man

„Willst du Arbeit haben, sieht das schlecht aus. Willst du selbst etwas haben, worauf du ein Recht hättest, du kriegst es nicht, weil du aus dem ehemaligen kommunistischen Süden bist. Auch eine Ausreisemöglichkeit zu kriegen, klappt nicht.“

In der Zeit der Wiedervereinigungsphase gab es öfter im Süden Demonstrationen gegen die drohende religiös-fundamentalistisch orientierte Ausrichtung; insbesondere Frauen gingen in Aden auf die Straßen, um für den Erhalt ihrer Errungenschaften im sozialistisch geprägten Süden zu kämpfen — heute fliegen sie reihenweise aus den Jobs raus und werden zurück ins Haus verbannt, obwohl der Islam dies gar nicht vorschreibt.

Was war das Interesse des Nordens, sich den Süden einzuverleiben?

„Erst einmal die Absicht, sich zu vergrößern. Deshalb hatte sogar Saudi-Arabien, die ihrerseits Grenzfragen mit Nordjemen zu lösen haben, während der Krieges 1994 auch zeitweise für den Süden Partei ergriffen — sie hatten Angst vor einem stärkeren Norden.“

Zweitens will Sanaa an die Ölvorkommen vor der Küste im Süden rankom-

men. Da sind außerdem strategische Interessen, wie sich jetzt an dem Streit mit Eritrea um Inseln am Eingang des Roten Meeres zeigt. Die Clique im Norden will nun die Kontrolle über das ganze Land haben.“

Andere Interessen z.B. jene der konservativen arabischen Ländern sind nicht erkennbar; dies ergibt auch die Parteinahme von Saddam Hussein, familiär-religiös mit den Chefs im Norden verbündet, während des Krieges gegen den Süden; er gewährte z.B. Luftunterstützung.

„Heute können wir jeden Tag in der Zeitung lesen, daß es kein normales Leben im Süden mehr gibt. Ich selbst war unmittelbar nach dem Krieg ein Jahr inhaftiert. Als ich nach Hause gehen wollte, sah ich, daß unser Haus beschlagnahmt war. Ich ging zu Freunden, die mir erstmal erklärten, was passiert war. Dort wurde ich dann auf der Straße von Fundamentalisten der Islah-Partei überfallen. Ich mußte fliehen, zunächst ins Landesinnere, aber auch dort ging es weiter mit der Verfolgung. Die früheren Mitarbeiter des Regimes sind ins Ausland gegangen, einige bis nach England, Dubai oder sogar Saudi-Arabien. Andere, die zurückkehrten, bekamen etliche Probleme. Natürlich ist dies für diejenigen, die Kontakte ins Ausland haben, eher möglich.“

Preise verdoppelten sich über Nacht, Betriebe werden privatisiert — Demonstrationen dagegen waren die Folge. Die Inflation ist in den 4 bis 5 Jahren wahnsinnig gewachsen, um jährlich mehr als 200%. Für Frauen gibt es keine Rechte mehr, sie müssen Schleier tragen, im Begleitung anderer Männer dürfen sie nicht mehr in der Öffentlichkeit auftreten. Alkohol ist nicht mehr erlaubt, obwohl es früher sogar eine Bierbrauerei im Süden gab. Begründet wird das alles mit dem islamischen Recht.“

Gab es diese Tendenzen nicht auch schon vorher im Süden — oder wie konnte sich das so schnell durchsetzen?

„Diese Gruppen haben früher im Süden illegal gearbeitet; es gab einige von ihnen, aber nicht viele. Allein mit der Unterstützung des Nordens ist es ihnen gelungen, an Stärke zu gewinnen. Es gab damals nur eine Minderheit im Süden.“

„Ich selbst habe in diesem Krieg viel erlebt. Ich habe versucht, den Süden zu verteidigen, der Zivilbevölkerung zu helfen, die Leute aus dem Norden abzuwehren. Aber es war ein mörderisches Bombardement, da war nichts mehr zu machen. Mein Vater wurde dabei getötet, ich selbst habe dies aber nicht mitbekommen. Ich sah ihn eine Woche vor Kriegsbeginn das letzte Mal. Ich selbst wurde später festgenommen, kam in ein altes englisches Kolonialgefängnis, wurde gefoltert und bekam schlecht zu essen. Wir mußten dann zu den Gebetszeiten zwangsbeeten.“

„Die Leute im Süden haben keine Sympathien für diese Zwangswiedervereinigung; die Verpflegung ist schlechter geworden, es gibt keinerlei Vorteile für die Bevölkerung.“

Vielleicht gibt es nun gemeinsame Initiativen aus dem Landesinneren in Verbindung mit der Opposition MOG, die ihren Sitz in London hat. Die Opposition wird im wesentlichen von den jüngeren Leuten getragen, die ziemlich deutlich die Unterschiede zwischen jetzt und früher mitkriegen. Schon jetzt gibt es ja wieder einen deutlichen Streit innerhalb der führenden Kräfte in Sanaa.“

Im Mai 1995 erreichte auch deutsche Medien eine Meldung über einen Explosion in einem Munitionslager in Aden: „Beobachter schlossen einen Sabotageakt nicht aus.“

(cm)

Vom 2. bis 4. Februar fand in der Osterkirche in Hamburg-Ottensen das Tribunal gegen die Flüchtlingspolitik der Freien und Hansestadt statt. Etwa 1000 Menschen beteiligten sich an den drei Veranstaltungen. Am 20. Februar sollen die Erfahrungen des Tribunals ausgewertet und über die weitere Zusammenarbeit gesprochen werden. Wir veröffentlichen im folgenden das Urteil der Jury.

Nach drei Tagen intensiver Anhörung von 15 Zeugen sowie 14 Sachverständigen und der ausführlichen Diskussion und Prüfung aller Punkte der Anklage legt die Jury des Tribunals gegen die Flüchtlingspolitik der Freien und Hansestadt Hamburg hiermit ihr Urteil vor. Sie bedauert, daß die Angeklagten und geladenen Vertreterinnen und Vertreter des Hamburger Senats nicht von der Gelegenheit Gebrauch gemacht haben, ihre Politik und Praxis öffentlich zu verteidigen. Die Zurückweisung dieses Angebotes von Bürgerinitiativen, deren konkrete Hilfe bei der Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge ansonsten in Anspruch genommen wird, spricht nicht für eine politische Streitkultur der Hamburger Verwaltung. Wir befürchten dahinter eine Dialogunfähigkeit, die ein Hindernis für jede demokratische und humane Flüchtlingspolitik ist und die wir mit diesem Tribunal überwinden wollten.

Die Jury kommt zu folgendem Urteil:

1. Das Hamburger Lagersystem
Geschützt vom Desinteresse der Öffentlichkeit hat sich unter den Händen des Senats eine Flüchtlingspolitik entwickelt, die wir das Hamburger Lagersystem nennen. Es ist gekennzeichnet durch Containerlager zu Wasser und zu Lande, durch zusammengestellte Wohnwagen, ausgemusterte Hotels und Pensionen und sogenannte Pavillondörfer.

Aus den ursprünglich vom Senat beschlossenen Gemeinschaftsunterkünften mit maximal 100 Personen sind nicht nur Sammellager, sondern Massenverwehrranlagen für bis zu 1100 Personen entstanden, in denen die versprochene „menschwürdige Unter-

bringung“ auf Dauer unmöglich gemacht worden ist.

Die für Gefängnisse vorgesehene Mindestfläche von 7 Quadratmetern pro Person – die WHO empfiehlt 10 Quadratmeter – wird für die ausländischen Bürger, wenn sie als Flüchtlinge zu uns kommen, nur zu oft unterschritten. So gar 6 bis 12 Quadratmeter Wohnraumfläche für 5 Personen sind keine Seltenheit.

Wohnschiffe, Container, Wohnwagen sind kaum wärme- und schallsoliert; ständig feucht. Flüchtlingsmütter wagen nachts nicht zu schlafen, weil sie

wählte Unterbringung einen zusätzlichen Abschreckungseffekt auf Flüchtlinge ausüben soll. Hier wird der Flüchtling zum bloßen Objekt staatlichen Handelns gemacht.

Beispielhaft für die Hamburger Flüchtlingspolitik ist auch die Behandlung der Bürgerkriegsflüchtlinge. Wer in Jugoslawien geboren wurde, wird zur Annahme eines Nationalpasses eines der Nachfolgestaaten gezwungen, wenn er eine Aufenthaltsbefugnis erhalten will. So werden aus männlichen Flüchtlingen Deserteure gemacht, sobald sie in ihre Heimat zurückkehren. Diese Auf-

wachsen“ völlig der Kinderkonvention. Bei dieser Praxis wird von der Regelvermutung ausgegangen, daß bei über 16jährigen Flüchtlingen ein Erziehungsbedarf nicht besteht. Sie werden als voll rechtsfähig betrachtet. Hamburg unternimmt bundesweit Vorstöße, diese Praxis auch auf unter 16jährige auszudehnen ...

Es wurde festgestellt, daß – häufig auch ohne Zustimmung des Flüchtlings – medizinisch fragwürdige Altersfeststellungen von Ärzten vorgenommen werden, die damit ihren hipokratischen Eid verletzen und gegen die Röntgenverordnung verstoßen.

Hervorzuheben ist, daß nach Kritik an den medizinischen Altersfeststellungen die Hamburger Ärztekammer sensibilisiert wurde und in einmaliger Einmütigkeit die Ärzte auffordert, diese Altersfeststellungen nicht mehr vorzunehmen. Ein entsprechender Beschluß wurde mittlerweile auch vom Deutschen Ärztetag verabschiedet.

Das Recht auf Bildung wird Jugendlichen beschnitten. Besonders kraß wird dies dort sichtbar, wo für schulische und berufsbildende Maßnahmen sowohl BAFÖG-Leistungen als auch Sozialhilfe verweigert werden. Die Bedingungen in den Unterkünften bieten weder Platz noch Ruhe zum Lernen. Jugendunterkünfte sind Mangelware und stehen über 16jährigen nicht zur Verfügung. Sie werden in der Regel mit Erwachsenen in gemeinsamen Räumen untergebracht ...

Durch pauschale Vorverurteilungen jugendlicher Flüchtlinge als Dealer wird ein Klima geschaffen, das gewaltsame Übergriffe der Polizei begünstigt und quasi legitimiert. Auch 14jährige werden in Handschellen abgeführt ...

3. Das Hamburger Abschiebesystem
Wir verurteilen den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg sowie die Verwaltungen dieser Stadt und einzelne ihrer MitarbeiterInnen sowie einzelne Richter, die Abschiebungshaft zu verantworten haben. Sie sind schuldig folgender Tatbestände:

Zum Anklagepunkt „Vorbereitung der Abschiebung“

- der Auslieferung von Flüchtlingen an ihre Verfolger,
- der Willkür,

Hamburg auf der Anklagebank

Tribunal gegen die Flüchtlingspolitik der Hansestadt

Urteil anlässlich des Tribunals gegen die Flüchtlingspolitik Hamburgs, öffentlich verkündet im Namen der Verteidigung der Demokratie am 4. Februar 1996 um 18 Uhr von der Jury

Amke Dietert-Scheuer, MdB, Rainer M. Hofmann, Rechtsanwalt, Ulla Jelpke, MdB, Otto Köhler, Publizist, Alfons Lukas, Gewerkschafter, Norman Paech, Professor für öffentliches Recht, Peggy Parnass, Publizistin, Gisela Wiese, Pax Christi.

den Ansturm einheimischer Kakerlaken auf ihre Kinder fürchten müssen.

Das Hamburger Lagersystem macht die Flüchtlinge physisch und psychisch krank: Lungenentzündung, Bronchitis, Kreislauf- und Darmerkrankungen, Depressionen und Angstzustände, Aggressionen und Konflikte in den Familien sind das Ergebnis von Enge und der Unmöglichkeit, elementare hygienische Bedingungen einzuhalten. Kinder können so selbst einfache schulische Angebote auf die Dauer nicht wahrnehmen.

Die vom Senat behaupteten hohen Kosten für diese in vielen Fällen menschenunwürdige Unterbringung sind undurchsichtig geblieben (sie müssen zum Teil von den Flüchtlingen selbst aufgebracht werden). Wir haben Sachverständige gehört, die billigere, aber weitaus menschenwürdigere Möglichkeiten aufzeigen. Wir empfehlen dem Landesrechnungshof, die jetzigen Ausgaben zu prüfen und unsere Sachverständigen zu hören.

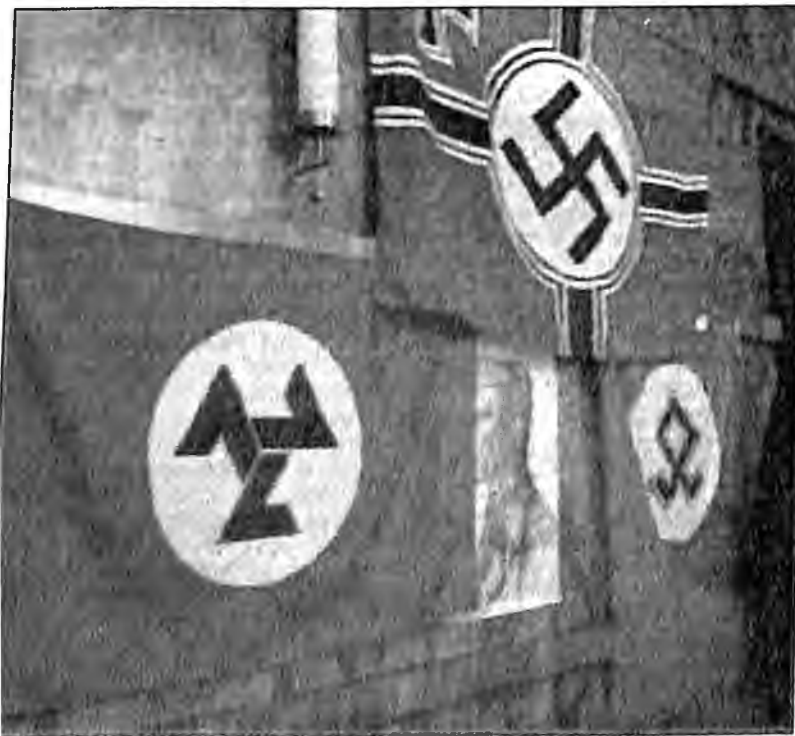
Wir haben den Verdacht, daß eine soziale Integration der Flüchtlinge vom Senat nicht gewollt wird: Die Umverlegung innerhalb Hamburgs, die Flüchtlinge aus schon gewachsenen sozialen Zusammenhängen immer wieder herausreißt, beweist, daß die vom Senat ge-

enthaltbefugnisse werden im Regelfall nur für elf Monate ausgestellt. Mit dieser Befristung wird verhindert, daß die Flüchtlinge aus den Sammellagern herauskommen und eine eigene Wohnung beziehen ...

2. Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge in Hamburg

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich mit Unterzeichnung der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen verpflichtet, Kindern unter 18 Jahren, die sich in ihrem Hoheitsgebiet aufhalten, besonderen Schutz und Fürsorge zukommen zu lassen. Diese Verpflichtung gilt unabhängig von Herkunft und Status des Kindes und ausdrücklich auch für Flüchtlingskinder. Der von der Bundesregierung diesbezüglich eingelegte Vorbehalt ist als nichtig zu betrachten, da er in direktem Widerspruch zu Kernbereichen der Konvention steht. Leitendes Prinzip der Konvention ist es, daß bei sämtlichen Maßnahmen und Entscheidungen, von denen Kinder betroffen sind, deren Wohl vorrangig zu berücksichtigen ist.

Der Hamburger Senat verletzt durch seine Politik gegenüber minderjährigen Flüchtlingen in vielfältiger Hinsicht die Bestimmungen der Kinderkonvention. So widerspricht die Praxis „16 gleich er-



Recklinghausen. Bei einer Razzia am 10.2. In Recklinghausen wurden bei Mitgliedern der „Kameradschaft Recklinghausen“ große Mengen an NS-Propagandamaterialien sichergestellt. Die Staatsanwaltschaft prüft, ob die verbotene FAP weitergeführt worden ist. aus Antifaschistische Nachrichten

Zwei Jahre auf Bewährung für DFG/VK-Mitglied

München. 1989 hatten Mitglieder der DFG-VH bei der Gregor-Racing-Show vor einem Bundeswehrstand ein Transparent aufgespannt mit dem Text „Soldaten sind potentielle Mörder / Kriegsdienstverweigerer“. Zunächst wurde G. Kiermeier dafür verurteilt, bis das Bundesverfassungsgericht dies als verfassungswidrig aufhob. Staatsanwalt Hausherr beantragte heute sogar 25 statt der früheren 15 Tagessätze à DM 50,-. G. Kiermeier und ihr Anwalt Niepel dagegen baten um Bedenkzeit für die klagenden Soldaten, ob sie ihre Strafanzeige nicht gegen eine „Ehrenerklärung“ von der Angeklagten zurückziehen würden. Kiermeier erklärte darin, daß sie mit dem Satz „Soldaten sind potentielle Mörder/Kriegsdienstverweigerer“ keinen der einzelnen Soldaten beleidigen wollte. Daß sie auch durchaus respektiere, daß Soldaten ihren Beruf ausüben, um die freiheitliche demokratische Grundordnung unseres Landes unter Einsatz ihres Lebens zu verteidigen. Persönlich aber ist sie der Auffassung, daß der Einsatz militärischer Gewalt zur Erreichung dieses Zieles falsch ist, weil militärische Gewalt zum Tod vieler Menschen führt.

Da aber der einzig anwesende Zeuge der Bundeswehr dies mit der Begründung ablehnte, er könne dies nicht persönlich tun, weil die Bundeswehr in ihrer Ehre verletzt worden sei, wurde davon Abstand genommen und Freispruch beantragt.

Richter Rauner, der den Fall schon vor Jahren zu behandeln hatte, kritisierte zwar nicht wie sein Mainzer Kollege Fischer die inhaltliche Entscheidung des BVerfG, bemängelte aber, daß das BVerfG sich mit der Rückverweisung um eine Entscheidung gedrückt haben, die jetzt wieder der einzelne Richter zu fällen habe. Leider konnte auch er sich nicht zu einem Freispruch durchringen, sondern verkündete eine Verwarnung zu 15 Tagessätzen à DM 50,- auf zwei Jahre Bewährung. DFG/VK München

Pazifisten fordern Ende für Eurofighter

Stuttgart. Die ökumenische Organisation Ohne Rüstung Leben (ORL) in Stuttgart und das Rüstungsinformationsbüro Baden-Württemberg (RIB) in Freiburg fordern mit einer Postkartenkampagne die Bundestagsabgeordneten auf, aus dem Projekt Eurofighter 2000 auszusteigen. ORL-Sprecher Paul

- der Ausübung von unzulässigem Druck,
 - der Entrechtung und Diskriminierung.
- Zum Anklagepunkt „Von Botschaft zu Botschaft“**
- der Abgabe falschen Zeugnisses,
 - der Anstiftung zur Lüge,
 - der Unmenschlichkeit und Gesundheitsgefährdung,
 - der Degradierung von Menschen zu Objekten.

Zum Anklagepunkt „Abschiebungshaft minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge“

- des Verstoßes gegen die Vorschriften der UN-Kinderkonvention,
- der Unmenschlichkeit und Entrechtung,
- der Einpferchung.

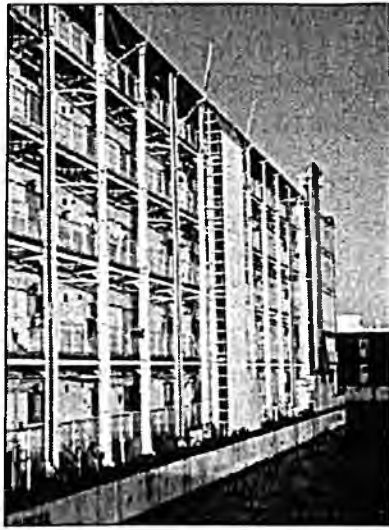
Zum Anklagepunkt „Abschiebungshaftbedingungen“

- der Mißachtung des Rechts auf Freiheit,
- der Lebensgefährdung,
- der Degradierung von Menschen zu Objekten,
- der Vorenthaltung des Rechts auf anwaltschaftlichen Beistand,
- der Entsolidarisierung.

Das Bundesland Hamburg rühmt sich, in der BRD bei der Abschiebung eine Spitzenposition einzunehmen. Durch zahlreiche Sachverständige und Zeugen ist uns nachgewiesen worden, daß dieses Ergebnis durch restriktive Handhabung des geltenden Rechts, durch Verstoß gegen völkerrechtliche und humanitäre Verpflichtungen und auch durch Rechtsbruch bewirkt worden ist.

Bei der Ausländerbehörde wurden über einen langen Zeitraum hinweg durch Täuschung und Überrumpelung von Menschen Abschiebehaftgründe konstruiert, die in Wahrheit nicht vorlagen. Hafttrichter haben ohne weitere Prüfung auf falscher Grundlage Inhaftierungen verfügt. Auch heute wird weiter eine willkürliche Abschiebungspraxis betrieben, die in Kauf nimmt, daß Flüchtlinge ihren Verfolgern überstellt oder in lebensgefährliche Situationen geschickt werden.

Hierbei wird sogar versucht, Flüchtlinge an Staaten zu überstellen, mit denen diese Menschen niemals etwas zu tun hatten. Zu diesem Zweck wurden Flüchtlinge verschiedenen Botschaften „angedient“. Hierbei wurde in nachge-



wiesenen Fällen erreicht, daß, der Wahrheit zuwider, Paßpapiere von fremden Staaten ausgestellt wurden. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden auch völlig unschuldige Menschen, wie Schwerkriminelle gefesselt, durch die Bundesrepublik hin- und hergekartet.

Sogar Kinder, die vom Völkerrecht besonders geschützt sind, werden ohne Benachrichtigungen der Vormünder verhaftet, gefesselt, unzulässigerweise zusammen mit Erwachsenen und ohne soziale Betreuung inhaftiert.

Abschiebungshäftlinge, deren einziges Vergehen darin besteht, Zuflucht nicht gefunden zu haben, und für die nach unserer Ansicht Gefängnisse nicht der richtige Aufenthaltsort sind, werden elementarer Grund- und Menschenrechte beraubt. Zudem werden diese Menschen schlechter behandelt als verurteilte Straftäter. Abschiebungshäftlinge sind zu Objekten staatlicher Gewaltausübung degradiert: Kommunikation untereinander und mit der Außenwelt, zureichender Schutz bei Krankheit, umfassende Rechtsberatung und Rechtsvertretung durch Anwälte sowie Besuche von Angehörigen werden rechtswidrig versagt. Notwendige Sozialarbeit und psychosoziale Betreuung findet nicht statt, und dort, wo sich Menschen ehrenamtlich in der Abschiebungshaft engagieren wollen, werden sie drastisch behindert, kriminalisiert, diskriminiert, und Arbeit zum Wohle der Inhaftierten wird unmöglich gemacht ...

„Ausbildungsförderung für alle“

Aktionen gegen die Demontage des Bildungssystems

Augsburg. „Ausbildungsförderung für alle! – 400 DM pro Monat für alle sind keine Utopie!“ Unter dieser Losung rief der Augsburger Uni-AStA zur Demonstration nach Bonn auf. Am 1.2. zogen dort ca. 7.000 durch die Innenstadt, gleichzeitig demonstrierten SchülerInnen und StudentInnen in Hamburg und rund 6.000 in München gegen Bildungsabbau, Bafög-Zinsen und Studiengebühren.

In der Augsburger AStA-Zeitung heißt es dazu: „Jetzt ist auch das Bafög in die koalitions-eigene Maschinerie des Sozialabbaus geraten. Die Pläne von Zukunfts-Minister Jürgen Rüttgers schließen nahtlos an die allgemeine Demontage des Sozialstaats an. Nach den EmpfängerInnen von Sozialhilfe und Arbeitslosenunterstützung und den RentnerInnen hat die Regierung eine weitere 'finanzkräftige' Klientel entdeckt: die StudentInnen! Mit einer 8,5prozentigen Verzinsung des Darlehensanteils sollen jetzt auch die StudentInnen das Loch im Haushalt stopfen helfen. Die dadurch freiwerdenden Finanzmittel sollen den Hochschulen direkt zufließen.“

Die Koalition verfährt wieder nach dem bewährten Prinzip: Allein die sozial Schwachen werden für gesellschaftliche Kosten herangezogen! Bei dem von Rüttgers vorgeschlagenen Modell würde sich bei den Betroffenen die Gesamtschuld nach dem Studium auf individuell bis zu 72.000,00 DM verdoppeln.“

Klar ist, daß das Bafög reformiert werden muß. Während 1971 bei Inkrafttreten des Bafög-Gesetzes etwa die Hälfte der Studierenden gefördert wurden, sind es heute nur noch 25 Prozent. Gleichzeitig ist die Zahl der Studierenden aus der unteren Einkommensgruppe von 23 auf 14 Prozent zurückgegangen. Der AStA befürwortet als sinnvolle Ausbildungsförderung das Modell der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW), das er so erklärt:

„Dieses Modell besteht aus zwei Stufen. Die erste Stufe bildet ein Sockelbetrag, bestehend aus Kindergeld und Steuerfreibeträgen, der monatlich an ALLE StudentInnen ausbezahlt wird. Zusätzlich gibt es eine Aufbauförderung, die StudentInnen aus einkommensschwachen Familien als Vollzuschuß gewährt wird. Ab einer gewissen Grenze steigt der (natürlich zinslose!) Darlehensanteil linear zum Einkommens- und Vermögensstand der Eltern. Mit der zweiten Stufe wird die Förderung bis zum tatsächlichen Bedarf der StudentInnen (Existenzminimum: 1.250 DM monatlich) aufgestockt, so daß die Leistungen bedarfsgerecht sind. Außerdem soll die Förderung der tatsächlichen Studiendauer entsprechen.“

Und: „Durch direkte Auszahlung von Kindergeld und Steuerfreibeträgen (entspricht ca. 400 DM) an die Studierwilligen wird zumindest eine partielle Elternunabhängigkeit gewährt.“

(Berichte Augsburg und Schwaben)



Russmann und RIB-Sprecher Jürgen Grässlin wiesen darauf hin, daß für die deutschen Vertragspartner keinerlei Verpflichtungen zur Serienproduktion des teuersten deutschen Rüstungsprojektes bestehen. Massive Vorwürfe richteten Grässlin und Russmann gegen Verteidigungsminister Volker Rühe: Durch dessen Absicht, statt ursprünglich 140 nun 180 Jagdflugzeuge anzuschaffen, werden die Steuerzahler mit insgesamt mehr als 30 Milliarden DM (Preisstand 1996) zur Kasse gebeten. Angesichts des gleichzeitigen Sozialabbaus sei die geplante Serienproduktion ein „Schlag ins Gesicht aller Armen und Arbeitslosen“.

Zudem gehe es nicht um die Beschaffung vermeintlich defensiver Abfangjäger. „Jetzt endlich läßt Volker Rühe die Katze aus dem Sack, wenn er 40 Eurofighter 2000 als Kampfflugzeuge auch mit Luft-Boden-Raketen ausstattet“, so die Sprecher: Denn diese eignen sich für zukünftige Out-of-Area-Einsätze der Bundeswehr. Die sogenannten „leichten Jagdbomber“ seien insbesondere zur „Einzelbekämpfung von Erdzielen sowie zur Unterstützung der eigenen Kampftruppen prädestiniert. Die Entscheidung, auch Jagdbomber zu beschaffen, stelle „eine Kriegserklärung an all diejenigen dar, die auf nichtmilitärische Konfliktlösungen“ setzen. Die Bundestagsentscheidung über die Serienproduktion wird frühestens Mitte 1996 getroffen. (PM)

Aktion gegen Beugehaft

Karlsruhe. Am vergangenen Samstag fanden vor verschiedenen Gefängnissen in Baden-Württemberg Kundgebungen und Aktionen statt, so in Schwäbisch-Gmünd, Heimsheim, Bühl und Rastatt. Damit wurde gegen die von Bundesrichter Beyer angeordnete Beugehaft gegen vier Personen des Frankfurter Wohnprojektes „Fritzlarer Straße“ protestiert. Die vier Inhaftierten sitzen seit 12. Dezember letzten Jahres. Sie sollen Aussagen gegen eine Mitbewohnerin machen, gegen die ein Verfahren nach § 129a wegen Weiterstadt läuft. Die vier Inhaftierten hatten bereits vor der Vorladung erklärt, daß sie keine Aussagen machen würden. Alle vier wurden zu fünf Monaten Beugehaft verurteilt sowie zu Ordnungsgeldern zwischen 600 und 1000 DM. In einer Erklärung zu den Kundgebungen heißt es u.a. über die Haftbedingungen: „Die Zuständigkeit der Besuchs- und Briefregelung hatte zunächst der Bundesrichter Beyer in seinen Händen, der einige Briefe und

Telegramme anhielt und gleich Besuchsverbote verteilte, oft traf es die engsten Freundinnen. Diese wurden damit begründet, daß die betreffenden BesucherInnen die Beugehäftlinge in ihrem Beschluß, keine Aussagen zu machen, bestärken würden, was dem Sinn der Beugehaft entgegenstehe. Festgemacht wurde dies an dem gemeinsamen Wohnen und Entscheiden in der Fritzlarer Straße, an der Teilnahme bei der Kundgebung vor dem BGH oder der Zugehörigkeit zur „linksextremen Szene“. (map)

Verhandlung gegen Ex-Schulleiter

Düsseldorf/Meerbusch. Vor dem Neusser Amtsgericht fand Ende Januar der Prozeß gegen den ehemaligen Leiter der deutschen Schule in Tokio, den Meerbuscher Joachim Schäfer statt. Schäfer hatte im Juni 1996 ein selbstgestelltes Flugblatt vor einem Düsseldorfer Gymnasium verteilt, in dem er das Massaker der Waffen-SS im französischen Dorf Oradour im Jahre 1944 u.a. als „Geschichtslüge“ bezeichnet hatte (siehe AN 16-95). Schäfer war daraufhin zu einer eher milden Geldstrafe über 2000 DM verurteilt worden. Gegen diesen

Strafbefehl legte er jedoch Einspruch ein. Nachdem das Gericht Schäfer eröffnet hatte, daß die Anklage auf den Tatbestand der Verleumdung ausgeweitet werden könne und im Falle einer Verurteilung eine Gefängnisstrafe auf Bewährung verhängt werden könne, zog Schäfer seinen Einspruch gegen den Strafbefehl wieder zurück. (hma)

Schönhuber-Veranstaltung im Ruhrgebiet?

Essen. Um die Arbeit der faschistischen runden Tische in NRW abzusprechen, gab es unter Federführung der Kölner Deutschen Liga Anfang März ein Treffen. Angeblich gibt es inzwischen zahlreiche lokale „Runde Tische“, und zwar in Rhein-Berg, Oberberg, Düsseldorf, Neuss, Gelsenkirchen / Dortmund, Westerland und Essen. Sie erhielten Zuwachs an „wichtigen Mitstreitern“ vor allem von den REP. Nach Angaben des von einem „Förderkreis Bündnis Deutschland / Runder Tisch NRW“ herausgegebenen Infos sind eine „Großveranstaltung“ mit Schönhuber am 2.3. im Ruhrgebiet und eine Zeitung „Forum Bündnis Deutschland“ geplant. Wie ernst diese Angaben zu nehmen sind, ist derzeit unklar. (uaf)

Entgegen den Erwartungen der Bonner Regierungskoalition sah die über große Mehrheit der in Jahrzehnten DDR als Gemeinschaftsbauern geprägten ostdeutschen Landwirte ihre Perspektive nicht im Leitbild des Familienbetriebes. Vielmehr stützten sie sich auf ihre eigenen großbetrieblichen Erfahrungen. So bewirtschafteten die Nachfolgeunternehmen der LPG in Form von eingetragenen Genossenschaften, GmbH, GmbH & Co. KG und wenigen Aktiengesellschaften im sechsten Jahr der deutschen Einheit immerhin 63,5% der Landwirtschaftsfläche und über 80% des Tierbestandes der neuen Länder. Das ist eine Niederlage für Bonn, und zugleich ein bedeutender Sieg ökonomischer Vernunft, der nicht ohne Rückwirkungen auf die Entwicklung der westdeutschen Landwirtschaft bleiben wird. Bemerkenswert hierbei ist, daß sich diese Entwicklung trotz eines ganzen Komplexes gegen die LPG-Rechtsnachfolger gerichteten Benachteiligungen vollzog. Hierzu zählt auch die im Zentrum der agrarpolitischen Auseinandersetzung stehende Altschuldenregelung für die ostdeutsche Landwirtschaft.

Um was geht es hierbei?

Zu den „Konstruktionsfehlern“ der deutsch-deutschen Währungsunion gehört die Behandlung der Altschulden der LPG als Darlehen im Sinne des bürgerlichen Rechts. Ihre Nachfolgeunternehmen müssen nach marktwirtschaftlichen Spielregeln für Kredite gerade stehen, die unter planwirtschaftlichen Bedingungen aufgenommen wurden. Während die Kredittilgung und Zinszahlung infolge der im agrarwirtschaftlichen System der DDR geltenden hohen Agrarpreise, der Abnahmegarantie für jede Höhe der Produktion, der Maßnahmen zum Ausgleich der Differenzialrente und nicht zuletzt der niedrigen Zinssätze - sie betrugen 1989 durchschnittlich 2,28% für Grundmittelkredite und 4,74% für Umlaufkreditmittel - keine größeren Probleme bereitete, wurde der Kapitaldienst für Altkredite unter den völlig anderen marktwirtschaftlichen Bedingungen und den konkreten Umständen der Anpassung an

LPG-Altschuldenprobleme

Eine Zeitbombe für LPG-Rechtsnachfolger.
Von Wolfgang Jahn

die EU-Agrarwirtschaft zu einer kaum lösbaren Belastung für die betroffenen Unternehmen. Das hat vor allem zwei Gründe:

- Während mit der Währungsunion vom 1. Juli 1990 die Altkredite bei der Umstellung von der Mark der DDR auf die DM um 50% abgewertet wurden, erfuhr das Sachvermögen eine Abwertung um 85 bis 90%. Letzteres ergab sich vor allem aus dem Wegbrechen des vorher geschützten Binnenmarktes. Schlagartig wurden Produktionsanlagen nutzlos. Gewächshäuser, Beregnungsanlagen, Ställe gingen aus der Produktion. So steht heute auf 2 mit Altkredit gebauten Stallplätzen bloß 1 Kuh, bei Mast Schweinen auf 4 Plätzen nur noch 1 Schwein.

- Infolge des übergangslosen Wirksamwerdens der Mechanismen kapitalistischer Marktwirtschaft, insbesondere der niedrigeren Erzeugerpreise für Agrarprodukte und des einsetzenden zusätzlichen Preisverfalls, fielen in den LPG etwa zwei Drittel der geplanten Erlöse aus. Das führte dazu, daß die zur Vorfinanzierung der Ernte eingesetzten Mittel nicht realisiert werden konnten. Um die Liquidität und die Lohnfortzahlung im Verhältnis 1:1 zu sichern, verkauften die Betriebe Tiere und Tierprodukte zu Schleuderpreisen. So wurde die nach der Ernte übliche Ablösung der Umlaufkreditmittel unmöglich. Die Folge ist die heute noch hohe Altschuldenbelastung im Umlaufmittelbereich.

Die Bundesregierung war gezwungen, auf diese Entwicklung zu reagieren. Erstens mit einer Teilentschuldung sanierungsfähiger Unternehmen im Umfang von 1,4 Mrd. DM. Das sind 18,4% der ursprünglich vorhandenen Altkredite (7,6 Mrd. DM). Allerdings bezog man die Umlaufmittelkredite nicht mit ein. Zweitens mit einer Stundung des fälligen Kapitaldienstes auf die verbliebenen

Altschulden (Rangrücktrittsvereinbarung). Danach brauchen Zahlungen nur bei Gewinnerzielung - in Höhe von 20% des Gewinns - geleistet werden. Die kurzfristige Wirkung dieser beiden Maßnahmen war positiv. Sanierungsfähige Unternehmen wurden vor einer altschuldenbedingten Überschuldung bewahrt, ihre Zahlungsfähigkeit verbessert.

Die andere Seite der Medaille: Im Jahr 1995 war die Altschuldenlast je betroffenen Unternehmen höher als zuvor. Und das trotz erfolgter Teilentschuldung. Der Grund sind die aufgelaufenen Zinsen für die unter Rangrücktritt gefallen Kredite, weil die fehlende Rentabilität keine Tilgung ermöglichte. Hinzu kommt, daß die Unternehmen durch die Regelung zur Aufteilung des einstigen LPG-Vermögens große Liquiditätsabflüsse verkraften müssen.

Die Nachfolgeunternehmen der LPG verloren zugleich Äcker und Wiesen sowie Lieferrechte für Milch und Zuckerrüben an Wieder- und Neueinrichter einzelbäuerlicher Agrarbetriebe. Dagegen blieben die Altkredite und deren Bedienung ungekürzt bei den LPG-Nachfolgern, so als hätte kein Entzug von Produktionsgrundlagen stattgefunden. Die Altschulden wuchsen deshalb auf (bisher) über 130% je Hektar an. Außerdem verweigern die Banken gerade den Unternehmen mit hoher Altkreditbelastung die notwendigen Neukredite für Rationalisierung und Modernisierung. Ohne diese gibt es aber keine Fördermittel und ohne beide keine Investitionen. Und wer nicht investieren kann, bleibt früher oder später auf der Strecke. So sieht sie aus, die vielbeschworene Chancengleichheit Bonner Prägung.

Das Hauptproblem der Altkreditregelung besteht jedoch darin, daß die Betriebe für altkreditfinanzierte Vermö-

genswerte, die ohne ihr Verschulden nicht mehr im Produktionsprozeß fungieren und damit keinen Ertrag bringen, zur Kasse gebeten werden. Konkret bedeutet das: Mit den produktionswirksam verbliebenen altkreditfinanzierten Aktivvermögen ist der drei- bis vierfache Betrag an Altschulden zu bedienen. Das ist bei der niedrigeren Kapitalverzinsung in der deutschen Landwirtschaft fast unmöglich und wird angesichts der ungünstigen Entwicklung der Erzeuger- und Betriebsmittelpreise, sinkender Fördermittel und steigender Löhne zur Illusion. Erst jüngst wurde in einer nichtöffentlichen Anhörung des Bundestagsagrararusschusses auf die kontraproduktive und demotivierende Wirkung der Altkreditregelung hingewiesen und prognostiziert, daß höchstens ein Fünftel aller Betriebe in der Lage sein werden, die Altschulden in einem betriebswirtschaftlich vertretbaren Zeitraum von 30 Jahren zu tilgen. Vier Fünftel werden das nicht können; ihre Schulden würden ins Unermeßliche wachsen. Trotzdem läßt die Bundesregierung diese Zeitbombe weiter ticken; sie sieht keinen Handlungsbedarf. Offenbar um die aus ideologischen Gründen nicht ins Bonner Bild der vielbeschworenen bäuerlichen Landwirtschaft passenden Gemeinschaftsunternehmen zu einer vergänglichen Erscheinung zu machen.

Fazit: Der Kampf um eine politische Regelung der Altschuldenfrage muß weitergehen. Es bleibt die Forderung nach einer Neubewertung des mit Altkrediten finanzierten Vermögens. Hier ist eine betriebskonkrete Übereinstimmung zwischen mit Altkrediten bezahlten tatsächlich nutzbarem Vermögen und Altkreditverpflichtungen herzustellen; die auf nicht ertragswirksamen Vermögen liegenden Schulden sind zu erlassen. Für die Gesellschaft ist die Stabilisierung einer zukunftssträchtigen modernen Agrarstruktur vernünftig, sie kommt sie schließlich billiger als jede Form der Zerstörung.

Dr. Wolfgang Jahn ist Mitglied der AG Agrar- und Landpolitik beim Parteivorstand der PDS.

Die Brandenburger Gemeinde Horno soll, wenn es nach den Plänen des Braunkohleunternehmens LAUBAG geht, dem Braunkohleabbau weichen. Die Bevölkerung wehrt sich dagegen. Als der PDS-Landesparteiitag im Dezember über ihre Unterstützung beschließen wollte, kamen Kumpel der LAUBAG, unterstützt von der IG Bergbau, und protestierten - mit der Folge, daß der Parteiitag die Entscheidung verschob, um noch einmal über die Beschäftigungssorgen der Kumpel zu beraten. Unser Autor beschreibt die Pläne der LAUBAG und warum die PDS ihnen entgegentritt.

Die Arbeitsplatzkeule schwebt über den Abgeordneten des Landtages Brandenburg, wenn es um das Für und Wider des Abbagens von Horno/Lausitz geht.

Das jüngste Beispiel der „Vor-Ort“-Fernsehsendung des Ostdeutschen Rundfunks Brandenburg am 13. Februar 1996 zeigt anschaulich, wie meisterhaft vom LAUBAG-Unternehmen (100% Aktien an Rhein und Ruhr) das Prinzip „Teile und Herrsche“ angewandt wird. Mit Hilfe der Gewerkschaft IG Bergbau und Energie in der Lausitz wurden die Kumpel in das Dorf geschickt, um den Hornoer Bürgern fehlende Weitsicht für Arbeitsplatzsicherung vorzuwerfen. Sie kamen mit Busen nach Horno, wie im letzten Dezember zum PDS-Landesparteiitag, dirigiert von ihrem Bezirksleiter, Herrn Ulrich Freese (SPD). Die Kumpel stritten

Das Dorf Horno und die Arbeitsplatzkeule

Von Prof. Dr. Bernhard Gonnermann

lautstark für „ihren“ LAUBAG-Konzern, Schulter an Schulter mit den Vertretern der Konzernleitung! In das gleiche Horn blies Brandenburgs Umweltminister. Die Fernsehzuschauer könnten hier exemplarisch erleben, wie die Kumpel in ihrer berechtigten Sorge um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze mißbraucht wurden, wie sie gegen die um ihr Dorf, ihren Hof, ihr Heim kämpfenden Hornoer Bürger ausgespielt wurden.

Die ökonomisch Schwächeren, aber moralisch Stärkeren waren jedoch die Hornoer Bürger! Für sie war diese „Vor-Ort“-Sendung gedacht.

Die Menschen dieses Dorfes, die morgen den Profitinteressen der LAUBAG und einer unausgereiften Energiekonzeption der Landesregierung - sie hat sich allen Argumenten der LAUBAG angeschlossen - weichen sollen, wurden stark durch Solidarität. An der Spitze der Bürgermeister als wirklicher Bürgervertreter und die Pfarrerin des Dorfes; sie machen den Menschen Mut zum Widerstand auf der Grundlage der Brandenburger Landesverfassung und des Grundgesetzes.

Dem Argument der LAUBAG, wenn Horno stehen bleibt, wird die Energieproduktion zu teuer, weil dann von weiter Kohle angefahren werden müßte, begegnete die Theologin mit dem Gegenargument: Nicht der Strom wird für die Nutzer teurer, sondern der Gewinn der Aktionäre wird geringer, und damit müßte die LAUBAG leben lernen!

In der Landtagssitzung vom Januar 1996, wo das Eckwertepapier zum Gesetz für das Auslösen der Gemeinde Horno in seiner jetzigen Gestalt vorgelegt wurde, erklärte die Landesregierung, es gäbe keine Alternative zu diesem Vorgehen! Ansonsten wäre die Lausitz-Energie und Braunkohle konkurrenzunfähig, und tausende Arbeitsplätze wären gefährdet. Das ist bewußte Irreführung! Dem Autor liegt ein LAUBAG-Papier vor, in dem heißt es wörtlich: „Am 31.12.1995 beschäftigte die LAUBAG im Land Brandenburg 9.082 Mitarbeiter ...“ Dann wird geschrieben, daß die Kohleförderung im Jahr 2000 so um 33,2 Millionen Tonnen liegen wird, und dazu festgestellt: „Entsprechend entwickelt sich der Personalbedarf. Er wird im Jahr 2000 um/unterhalb 6.000

Mitarbeiter betragen.“ Das heißt, der Abbau von über 3.000 Arbeitsplätzen erfolgt völlig unabhängig von der Erhaltung und Abbagerung des Ortes Horno.

Die Krönung des Ganzen bildet aber die Tatsache, daß die LAUBAG nicht primär an der Kohle unter Horno interessiert ist, sondern an dem Abraum des Berges Horno, um entstandene Grubenlöcher aufzufüllen. Im Klartext: Ein Siedlungsgebiet wird zerstört, um ehemals zerstörte Siedlungsgebiete zu renaturieren. Das ist eine grundsätzlich falsche Politik, wenn wir heute Zeichen setzen wollen, der Umweltzerstörung mit neuen Ideen entgegenzutreten. Fakt ist, es gibt ein Überangebot an Energie in Deutschland. Anstatt ein weiteres Dorf, das übrigens zum von der Brandenburger Verfassung geschützten Siedlungsgebiet der Sorben gehört, abzubauen, ist vielmehr eine Struktur- und Förderpolitik vonnöten, die den mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohle bei gleichzeitiger Schaffung alternativer und zukunftssträchtiger Arbeitsplätze ermöglicht. Auch dafür könnte das Geld, was für eine Umsiedlung des Ortes Horno aufgewandt werden müßte, dienen. Unterm Strich wäre das im Interesse der protestierenden Kumpel und der Einwohner von Horno. Der Kampf unter dem Motto „Horno bleibt!“ ist ein Zeichen für ganz Deutschland und wird Wirkung haben!

Prof. Dr. Bernhard Gonnermann ist umweltpolitischer Sprecher der PDS im Landtag von Brandenburg.

MELDUNGEN AUS BETRIEBEN UND GEWERKSCHAFTEN**Ladenschluß: HBV ruft zu Kundgebung nach Bonn auf**

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) begrüßt die Ablehnung des Bundesrats, sich mit dem Regierungsentwurf zur Ausweitung der Ladenschlußzeiten zu befassen, als erstes positives Signal.

„Offensichtlich müssen wir aber unseren Argumenten gegen eine Ausweitung der Ladenschlußzeiten noch deutlicher Gehör verschaffen. Deshalb ruft die Gewerkschaft HBV gemeinsam mit der DAG und der NGG alle Einzelhandelsbeschäftigten zu einer Großkundgebung nach Bonn am 28. April auf“, erklärte HBV-Vorstandsmitglied Franziska Wiethold am 16.2. in Düsseldorf.

Die Gewerkschafterin kritisierte erneut den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf als „arbeitnehmer- und mittelstandsfeindlich“. HBV befürchtet durch eine Ausweitung der Öffnungszeiten eine Welle von ökonomischem Personalabbau und Ladensterben. „Permanente Arbeitsplatzvernichtung bei gleichzeitiger Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung, Preiskriege, enorme Konzentration und Verdrängungswettbewerb sind dramatische Zeichen einer tiefen Strukturkrise im Einzelhandel. Kommt zum Preiskrieg auch noch ein aggressiver Öffnungswettbewerb, ist das der sichere Tod vieler wohngebietsnaher Geschäfte und das Aus für Tausende von Arbeitsplätzen. Wer ernsthaft Arbeitslosigkeit abbauen will, kann nicht gleichzeitig massenhaft Arbeitsplätze durch gesetzliche Deregulierung zur Disposition stellen“, kritisierte Franziska Wiethold an die Adresse des Bundeskanzlers.

Die Gewerkschaft HBV fordert Bundesrat und Parlament auf, sich eindeutig gegen eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten zu entscheiden und sich auf die zentralen Fragen einer Beschäftigungssicherung der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu konzentrieren.

– (PM, HBV (Solinet))

ÖTV-Mitglieder beim TÜV Essen drohen mit Streik

Der TÜV will in den laufenden Verhandlungen den Manteltarifvertrag entscheidend verschlechtern: Streichung von zwei freien Tagen sowie der Mehrarbeits-, Samstags- und Sonntagszuschläge, der besondere Kündigungsschutz für langjährige Beschäftigte soll weggelassen. Die Beschäftigten sind darüber empört, vor allem weil der TÜV schwarze Zahlen schreibt. Notfalls wollen die ÖTV-Mitglieder ihren Besitzstand auch mit einem Streik verteidigen, so die einhellige Meinung auf einer Essener Versammlung. Die bezirklichen Tarifverhandlungen werden am 15.2. in Essen zeitgleich mit den bundesweiten Verhandlungen fortgesetzt.

– (syb)

NRW-Großhandel: 6 Prozent, mindestens 175 DM mehr

Die große Tarifkommission der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hat am 6.2.96 in Hamm ihre Lohn- und Gehaltsforderungen für die über 300.000 Beschäftigten des nordrhein-westfälischen Groß- und Außenhandels beschlossen.

Die HBV will 6 Prozent, mindestens 175 DM mehr Lohn und Gehalt. Für die Auszubildenden will die Gewerkschaft 100 DM. Dabei wäre die HBV bereit, auf eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung zu verzichten, wenn die Arbeitgeber ihrerseits zugestehen, alle Auszu-

bildenden nach bestandener Abschlussprüfung für mindestens 6 Monate in ein Vollzeitverhältnis zu übernehmen.

Im Zuge der Diskussion um das von den Gewerkschaften initiierte „Bündnis der Arbeit“ will die HBV mit den Arbeitgebern des Groß- und Außenhandels noch im Jahre 1996 gemeinsame Arbeitskreise der Tarifvertragsparteien bilden, die tarifpolitische Vorschläge zu folgenden Bereichen erarbeiten sollen:

- Sicherung der Beschäftigung und Schaffung neuer Arbeitsplätze im Groß- und Außenhandel NRW
- Schaffung neuer Ausbildungsplätze
- Anreize für Ausbildung und Übernahme der Auszubildenden
- Finanzielle Entlastung der Ausbildungsbetriebe durch eine gerechtere und angemessene Beteiligung der Betriebe, die nicht ausbilden.

Die in den Arbeitskreisen entwickelten Ergebnisse sollen 1997 im Rahmen der Manteltarifverhandlungen zu tariflichen Regelungen werden. Der Manteltarifvertrag ist im nordrhein-westfälischen Großhandel zum 31.12.1996 kündbar.

Der HBV-Verhandlungsführer Gerhard Keuchel erklärte zu den beschlossenen Forderungen: „Wir müssen den Trend der letzten Jahre, nämlich Reallohnverlust für die Arbeitnehmer und steigende Arbeitslosigkeit stoppen. Der private Verbrauch bestimmt nachhaltig das Wachstum in Deutschland. Der Großhandel, wie im übrigen auch der Einzelhandel, brauchen mehr Konsumnachfrage. Wo soll diese Nachfrage herkommen, wenn den Arbeitnehmern immer weniger zum Leben bleibt? In den Gesprächen mit den Großhandelsarbeitgebern zum „Bündnis der Arbeit“ wollen wir konkrete Wege zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ausloten, jungen Menschen eine Perspektive geben und unsere soziale Sicherheit stärken. Dabei erwarten wir eine konstruktive Mitarbeit der Arbeitgeber. Ein rein betriebswirtschaftliches Denken hat dabei auch einmal hinter volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten zurückzustehen. Wir werden sehen, ob die Arbeitgeber dazu bereit sind.“ Als erster Tarifverhandlungstermin in der diesjährigen Lohn- und Gehaltsrunde steht der 6. März 1996 bereits fest.

Pressedienst hbv-LL NRW vom 6.2.1996

Einzelhandel Hessen: Festbetrag von 200 Mark

Die große Tarifkommission der Gewerkschaft hbv beschließt für die 175.000 Einzelhandelsbeschäftigten auch für 1996 eine einheitliche Festbetragsforderung in Höhe von 200 DM. Nach kontroverser Diskussion über die Forderungsart betont die Gewerkschaft HBV die Notwendigkeit, über eine DM-Forderung die Einkommen in den unteren Gehalts- und Lohngruppen stärker zu erhöhen als andere. Auch der hohe Anteil der Teilzeitbeschäftigten in der VerkäuferInnen-Gruppe begründet die DM-Forderung.

Alle Ausbildungsvergütungen sollen um 150 DM erhöht werden.

Die Unterstelltenstaffeln für die Abteilungsleiter, Substituten, Filialleiter etc. soll korrigiert werden, um damit die Folgen des Personalabbaus der letzten Jahre aufzufangen.

Mit einer Ausweitung des Geltungsbereichs will die Gewerkschaft HBV erreichen, daß aus dem Einzelhandel ausgegliederte Tätigkeiten und Unternehmensbereiche (Beispiele: Auffüllgruppen, Putzkolonnen, Inventurteams, Gastronomie etc.) wieder unter die Einzelhandelsarbeitsverträge fallen. HBV Hessen

Kapovaz bald auch in der Metallindustrie? Flexibilisierung der Arbeitszeiten bei Widia

Nachdem für die letzten Monate des Jahres 1995 eine Übergangsregelung vereinbart worden war, ist bei der Widia GmbH in Essen seit Anfang des Jahres eine neue Betriebsvereinbarung zur Umsetzung der 35-Stunden-Woche in Kraft.

Auf verhältnismäßig breite Zustimmung der Belegschaft stoßen die Regelungen für Normal-Schichtler und für Angestellten. In beiden Bereichen wurde die wöchentliche Arbeitszeit auf 35 Std. 35 Min. gekürzt, der Überhang wird durch vier freie Tage pro Jahr ausgeglichen. Dies entspricht dem Ergebnis einer Umfrage des Betriebsrates in der Belegschaft, bei der sich 70,3% der Teilnehmer/innen dafür aussprachen, einen Teil der Arbeitszeitverkürzung in Form von Freischichten umzusetzen.

Auch die Regelungen für die Schichtbetriebe werden – nach Korrekturen in letzter Minute – von vielen getragen. Im Zwei-Schicht-Betrieb sind die Schichtzeiten am Abend weiter verkürzt worden. Im Drei-Schicht-Betrieb sind im wesentlichen die alten Regel-Arbeitszeiten beibehalten worden: Entweder eine regelmäßige Arbeitszeit von 40 Std./Woche in der Früh- und Mittagschicht und 32 Std. an vier Tagen in der Nachtschicht oder 36 Std./Woche durch kürzere Arbeitszeiten am Freitag und ebenfalls nur vier Nachtschichten. Der Ausgleich wird auch hier durch freie Tage erreicht.

Die Absicht der Geschäftsführung, die Wochenarbeitszeiten für die Schichtarbeiter wieder auszudehnen, wurde weitgehend zurückgewiesen. In den betroffenen Abteilungen gab es erhebliche Unruhe, aus dem IG Metall-Vertrauenskörper starken Druck, so daß der Betriebsrat bis zuletzt ablehnte. An den Beschichtungsöfen, einem Bereich mit 20 Beschäftigten, für die seit mehreren Jahren eine Sechs-Tage-Woche mit Freizeitausgleich gilt, konnte sogar eine leichte Verkürzung der Betriebsnutzungszeiten am Samstag Abend durchgesetzt werden.

Flexibilisierung heftig umstritten

Bei der Einführung von Möglichkeiten zur Flexibilisierung der Wochenarbeitszeiten je nach Auftragslage entwickelte sich die Auseinandersetzung anders. Mit Drohungen und Druck in punkto Konkurrenzfähigkeit wollte die Geschäftsführung gerade hier von Anfang an einen Durchbruch erzielen. Die ersten, dem Betriebsrat vorgelegten Modelle ließen Wochenarbeitszeiten zwischen 30 und 47,5 Stunden zu. Bei Bedarf sollte auch der Samstag in die Regelarbeitszeit einbezogen werden.

Samstagsarbeit konnte zwar verhindert werden. Auch hier gab es breite Ablehnung: Nach einer Umfrage des Betriebsrates lehnten 80% der Belegschaft Samstagsarbeit ohne Wenn und Aber ab. Unter dem Punkt „Sonderregelungen für flexible Arbeitszeiten“ heißt es in der Betriebsvereinbarung jedoch: „Um Nachfrageschwankungen besser ausgleichen zu können, kann die wöchentliche Arbeitszeit in Abstimmung mit dem Betriebsrat ohne Einkommensänderungen mit einer Ankündigungsfrist von mindestens 4 Wochen jeweils monatlich auf 30 Stunden verkürzt bzw. auf 38 Stunden verlängert werden. Die Regelungen sollen so getroffen werden, daß sie nicht Einzelpersonen betreffen, sondern zusammenhängende Bereiche.“

Auch diese Regelung war bis zuletzt umstritten, zumal der angestrebte Jah-

resdurchschnitt einer 35-Stunden-Woche nicht zwingend erreicht werden muß. Falls im Oktober eines Jahres festgestellt wird, daß die bis dahin angefallenen Verlängerungen der Wochenarbeitszeit im laufenden Jahr nicht mehr ausgeglichen werden können, werden die auf einem Zeitkonto angefallenen Stunden mit einem Zuschlag von 25% ausgezahlt. Trotzdem fand sich im Betriebsrat eine Mehrheit dafür. Dazu beigetragen hat die Ansicht, daß die Regelungen nur Ausnahmen sein sollen.

Betriebsleitungen für Kapovaz

Diese Hoffnung hat sich schon jetzt als Trugschluß erwiesen. Mitte Januar beantragte die Betriebsleitung der Schneidkörperfertigung, die Wochenarbeitszeiten für einige Maschinengruppen auf 30 Stunden zu verkürzen, in anderen auf 38 Stunden zu verlängern und in dritten „normal“ zu belassen – und das schon ab 1.2.1996. Mehr noch: Die Betriebsleitung ließ keinen Zweifel daran, daß sie die individuellen Arbeitszeiten in Zukunft am liebsten alle 14 Tage nach Bedarf abteilungsweise absprechen würde. Gleichzeitig stellte die Betriebsleitung der Magnettechnik den Antrag, die Arbeitszeiten für eine einzige Maschinengruppe mit 6 Beschäftigten auf 38 Stunden zu verlängern.

Beide Vorstöße hat der Betriebsrat unter Verweis auf die in der Betriebsvereinbarung vorgesehenen Fristen abgelehnt. Außerdem hat er darauf hingewiesen, daß ungeklärt ist, was ein „Bereich“ ist.

Die Anträge machen deutlich, daß es Geschäftsführung und Betriebsleitungen um eine allein an der Kapazität orientierte Arbeitszeit geht, die von den im Handel verbreiteten Kapovaz-Regelungen nicht mehr weit entfernt ist. Deutlich wird auch, daß die während der Verhandlungen geschürte Hoffnung, die Flexibilisierung der Wochenarbeitszeiten sichere Arbeitsplätze, reine Propaganda war. Wenn schon geringe Bedarfsschwankungen in einzelnen Abteilungen, später vielleicht auch Krankheitsfälle, Urlaubszeiten usw. durch Änderungen der Arbeitszeiten der anderen Beschäftigten aufgefangen werden sollen, kann die Personalreserve noch weiter gedrückt werden.

Die Auseinandersetzung ist nicht beendet. Die Betriebsleitung des Magnetbetriebes verfolgt ihren Antrag weiter. Dabei ist klar: Je kleiner die in der Betriebsvereinbarung nicht geregelten „zusammenhängenden Bereiche“ gefaßt werden, desto größer ist die Möglichkeit der Verantwortlichen, Arbeitszeiten kapazitätsorientiert anzupassen. Von geregelten, für die Beschäftigten kalkulierbaren Arbeitszeiten kann dann bald keine Rede mehr sein. Ihre Interessen werden immer mehr dem Geschäftsgang untergeordnet.

Die Diskussion um die Grenzen der Flexibilisierung muß also weitergeführt werden. Dazu gehört auch die Frage, wie Mehrarbeit abgebaut werden kann. Rund 4 % Überstunden sind trotz Fleximöglichkeiten allein in der Schneidkörperfertigung für 1996 fest eingeplant. Liegt es nicht nahe, eine Vereinbarung zur Abgeltung von Mehrarbeit durch Freizeit anzustreben? Gleichzeitig soll die Einführung von Gleitzeit-Regelungen für Bereiche, in denen es geht, geprüft werden. Dadurch könnten die Rechte der Einzelnen gestärkt werden, auf ihre Arbeitszeit Einfluß zu nehmen und unzumutbare Ansprüche abzulehnen.

– (k1w)

„Bündnis für Arbeit“? – Eine kritische Sichtung aus grüner Sicht

Daniel Kreutz, Landtagsabgeordneter B 90/Die Grünen
in NRW zum Ergebnis der „Kanzlerrunde“ am 23. Januar

Klaus Zwickels Vorschlag zu einem „Bündnis für Arbeit“ lag ein sehr richtiger Gedanke zugrunde: Die Massenerwerbslosigkeit ist das soziale Grundübel und auch die Finanzierungskrise der sozialstaatlichen Sicherungssysteme wesentlich dessen Folge. Also müssen alle Anstrengungen auf den Abbau der Erwerbslosigkeit konzentriert werden. Durch die mit dem Beschäftigungswachstum verbundenen Einnahmeverbesserungen und Ausgabenminderungen kann die Sozialversicherung saniert und die Zahl der von Sozialhilfe abhängigen BürgerInnen reduziert werden. Dies ist die sozialstaatskonforme Alternative zur bisherigen „Sparpolitik“ bei den sozialen Leistungen. Wenn die Arbeitgeber konkrete Ziele des Beschäftigungsaufbaus nachprüfbar realisieren, und wenn die Bundesregierung von der weiteren Demontage des Sozialstaats absieht und die duale Berufsausbildung – d.h. den Zugang der jungen Menschen zum Erwerbssystem – mit einer Umlagefinanzierung nachhaltig sichert, dann werden die abhängig Beschäftigten durch tarifliche Kostenentlastung einen Teil der Kosten des Beschäftigungsaufbaus übernehmen. Doch die Ergebnisse der Kanzlerrunde vom 23. Januar haben diesen Zusammenhang auf den Kopf gestellt.

In der Überschrift des gemeinsamen Papiers ist nun „Standortsicherung“ gleichrangiges Ziel neben „Arbeit“. Einerseits bleiben die Ziele von Beschäftigungssicherung und -aufbau völlig vage und die Dimension der vollmundigen Versprechungen (2 Mio. Arbeitsplätze zusätzlich bis 2000) angesichts der Akteure auf Arbeitgeber- und Regierungsseite ohne Glaubwürdigkeit. Andererseits wird grünes Licht gegeben für die kontinuierliche Fortsetzung des Bonner Kurses der Arbeitgeber-Bedienung und der sozialen Demontage. Bezüglich des von der IG Metall geforderten Abbaus von Arbeitslosenunterstützung und der Sozialhilfe wurde – ohne erkennbares Dementi von Schulte oder Zwickel – ungekehrt eine Vereinbarung über den Vollzug weiteren Abbaus gemeldet. Lediglich das Tempo bzw. die Härte der Eingriffe soll gegenüber den Regierungsplänen etwas verringert werden.

Standort vor Beschäftigung

Der erste Abschnitt „Herausforderung“ handelt nicht von der Massenerwerbslosigkeit, sondern von den Scheinproblemen des Wirtschaftsstandorts, an deren Scheinlösungen der Beschäftigungsaufbau gekoppelt ist:

„Es gilt, dem Standort Deutschland neue Impulse zu geben, die Position Deutschlands im internationalen Wettbewerb zu stärken und mehr Beschäftigung zu erreichen.“

Die Reihenfolge ist nicht zufällig. In der Logik des Papiers stellt sich Beschäftigungsaufbau ein, wenn die politisch-ökonomischen Standortbedingungen wieder stimmen und die Kohlische „Haushaltskonsolidierung“ fortgesetzt wird. Das Kapitel „Rahmenbedingungen für arbeitsplatzschaffende Investitionen verbessern“ läßt daran keinen Zweifel:

• Senkung der Staatsquote durch „Fortsetzung des Konsolidierungspolitik der Bundesregierung“;

- „wachstums- und beschäftigungsfreundliche“ Steuerreform (irgendwer soll mal über eine ökologische Steuerreform geredet haben);
- Reduzierung der Lohnnebenkosten mit dem konkreten Ziel von weniger als 40% im Jahr 2000;
- Aufgabe des arbeitsmarktpolitischen Instruments des Vorruhestands;
- Erhöhung der „effektiven“ Lebensarbeitszeit;
- „Effizienzsteigerung“ (nicht Verstärkung!) der Arbeitsmarktpolitik;
- mehr Markt und mehr „Selbstverantwortung“ im Gesundheitswesen;
- Nutzung „aller“ Möglichkeiten der „Kostenbegrenzung und zum Erschließen von Wirtschaftlichkeitsreserven“ in der Sozialversicherung;
- „zielgenauerer Einsatz“ der Sozialhilfe –

fast sämtliche Chiffren der herrschenden Debatte vom „Umbau des Sozialstaats“ finden sich aufgereiht. Die Existenzgründungsförderung und die Förderung von Risikokapital könnte ja noch angehen, wenn sie nicht bar jeder qualitativen (v.a. ökologischen) Dimension bliebe und nicht die Verknüpfung mit der „Verbesserung steuerlicher Rahmenbedingungen für Betriebsnachfolger“ wäre, die aus der Perspektive von Arbeitgebern und Regierung wohl zuvörderst z.B. die Senkung der Erbschaftssteuer meint.

Tarifdemontage per Tarifvertrag?

Im Kapitel zur investitions- und beschäftigungsfördernden „Gestaltung der Arbeitswelt“ wird der Flächentarifvertrag noch im Grundsatz bestätigt; aber nur, insoweit er künftig selbst zum Instrument der Deregulierung wird. Er soll „dem Erfordernis der Flexibilisierung Rechnung tragen“ und noch mehr Regelungskompetenz aus dem Tarifvertrag auf die „Betriebspartner“ übertragen (wo sie außer vom Arbeitgeber nur in organisierten Betrieben mit aktiven Betriebsräten, aber auch dann ohne Arbeitskämpfe wahrgenommen werden kann). Man tritt mit den Arbeitgebern gemeinsam (!) „für eine Tarifpolitik der Beschäftigungssicherung und des Beschäftigungsaufbaus bei gleichzeitiger Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit“ ein. Während die Arbeitgeber artig versprechen, „im Rahmen aller gegebenen Möglichkeiten“ Beschäftigung zu sichern und „entstehende Handlungsspielräume“ für Neueinstellungen zu nutzen, sind die Gewerkschaften aufgefordert, durch eine „moderate Tarifpolitik“ die Bedingungen dafür zu verbessern:

- Flexible Arbeitszeiten, die auch Betriebskosten senken;
- Arbeitszeitkonten „bis hin zur Flankierung gleitender Übergänge in den Ruhestand“ (warum soll die „Altersteilzeit“ nicht etwa durch Mehrarbeit in jüngeren Jahren erwirtschaftet werden?);
- Überstundenabbau, „wo immer möglich“, um „möglichst“ das Arbeitsplatzangebot zu erweitern, wozu befristete Beschäftigung, also ein zweiklassiges Beschäftigungsverhältnis, ein probates Instrument sein soll;
- Vereinbarung untertariflicher Einstiegslohngruppen als einziges (!) Angebot an Langzeitarbeitslose;
- ein Teil des Tarifentgelts soll künftig „ertragsabhängig“ werden;

- Abbau krankheitsbedingter Fehlzeiten (wenn die gewünschten Resultate ausbleiben, kann sich die Arbeitgeberseite legitimiert fühlen, das Thema Lohnfortzahlung mit größerer Vehemenz aufzutischen).

Ökologie abgemeldet

Daß ökologische Orientierungen nicht einmal den Stellenwert einer Restgröße haben, zeigt der Text über Forschung und Bildung unmißverständlich. Es geht um neue Produkte und Produktionsverfahren (gleich welcher Art) und die Beschleunigung des kapitalorientierten Wissenstransfers. Dazu soll die staatliche Förderung für Forschung und Entwicklung „in der Wirtschaft“ (vulgo: Unternehmenssubventionen) schrittweise ausgebaut werden. „Innovationshemmnisse“ sollen abgebaut werden, wobei die Bundesregierung ausweislich ihrer langjährigen Politik wohl kaum an Photovoltaik, Kraft-Wärme-Koppelung und 3-Liter-Auto denkt, sondern eher an Gentechnik, Kernfusion und Transrapid.

Zur Berufsausbildung erneuern die Arbeitgeber ihre bereits gebrochenen Versprechungen zur Erhöhung des Lehrstellenangebots, während sich die Gewerkschaft in Mithaftung für ihre Erfüllung nehmen läßt: „Die Erhöhung der Zahl der Lehrstellen sollte von den Tarifpartnern gemeinsam durchgesetzt werden“. Wo erstmal die Tarifparteien gefordert sind, ist der Gesetzgeber (Umlagefinanzierung) aus dem Schneider. Der zweite Berufsschultag soll entsprechend jahrelanger Arbeitgeberforderungen (v.a. im Handwerk) wegorganisiert und die Studienzeiten verkürzt werden (wohl kaum durch eine BAFÖG-Reform, die die Studierenden vom Existenzsicherungszwang zur Erwerbsarbeit entlastet).

Im abschließenden „Ausblick“ wird nicht etwa das Szenario eines Abbaus der Massenerwerbslosigkeit gemalt, sondern Kurs auf die Stärkung des „Standorts Europa“ (also für den Sieg über USA, Japan und Schwellenländer beim Kampf um die Weltmärkte). Während Wirtschafts- und Währungsunion sowie Politische Union dabei die „zentralen Marksteine“ sind, ist die „Sozialunion“ völlig in Verlust geraten.

Um ein „Bündnis für Arbeit“ sollte es vor wenigen Monaten noch gehen. Aber zu diesem Thema hat man im Papier der Kanzlerrunde schon die Öffnungsklausel notiert, mit der man 2000 rechtfertigen kann, warum die Erwerbslosigkeit nicht unter, sondern über dem heutigen Niveau liegt: Die Halbierung der Erwerbslosigkeit bis 2000 „ist zu erreichen, wenn erstens „keine zusätzlichen Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt auftreten“ – was immer das heißen mag – und wenn zweitens „alle Verantwortlichen ihr Handeln an diesem Ziel ausrichten“. Hier sind die Startlöcher für den Streit gegraben, warum's nicht funktioniert hat.

Stützung der konservativen Hegemonie

Die Botschaften des Textes vom 23. Januar sind deutlich. (...) Klaus Zwickel hatte seinen Vorschlag zum „Bündnis für Arbeit“ mit dem Versprechen verbunden, 1996 „das ganze Land für Arbeit und Ausbil-

dungsplätze zu mobilisieren“. Um welche konkreten, mobilisierungsfähigen Ziele es dabei gehen könnte, nachdem die Kanzlerrunde alle Schilder so aufgestellt hat, daß für Perspektiven zur realen Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen abhängig Beschäftigter kein Raum mehr erkennbar ist und nachdem die VerfechterInnen weiterer Arbeitszeitverkürzungen auf dem IG-Metall-Gewerkschaftstag eine Niederlage erlitten, ist nicht erkennbar.

Nach über einem Jahrzehnt des systematischen und sukzessiven bis zur Systemveränderung verschärften „Klassenkampfes von oben“ auf tarifpolitischer wie gesetzgeberischer Ebene wird mit gewaltigem Theaterdonner das Gespenst der Sozialpartnerschaft von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Kohl-Regierung beschworen, das wie der deus ex machina alle Probleme lösen soll. Dabei spricht alle Erfahrung dafür, daß das Ergebnis solcherart Bündnisse – insbesondere im Zeichen der mit dem „Standort“-Sachzwang legitimierten Hegemonie der dicken Briefstaschen – in der Einbindung der Gewerkschaften in die Rezepturen von Arbeitgeberlobby und christliberaler Politik bestehen wird. Nachdem die Überschrift des „Bündnisses“ verändert und vom ursprünglich beabsichtigten Inhalt gelöst wurde, scheint auf gewerkschaftlicher Seite nur noch ein Ziel übriggeblieben zu sein: die Meldung: „Das Bündnis steht“ – wo und wie ist zweitrangig.

Reformkräfte marginalisiert?

Es ist bitter, aber von Bündnis 90/Die Grünen und anderen Restbeständen zukunftsfähiger ökologisch-sozialer Politikentwürfe zunächst kaum beeinflussbar: Die Marginalisierung der reformorientierten Kräfte im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis könnte nunmehr einen neuen, beunruhigenden „Fortschritt“ machen. Dies scheint selbst die SPD zu ahnen, wenn sie kritisiert, daß DGB und IG Metall den Pakt mit der Kohl-Regierung unter Ausschluß der Sozialdemokratie suchten und durch Beihilfe zu einem neuen „Erfolg“ Kohls zur Stabilisierung seines Regimes beitrugen.

Auf politischer Ebene schlüpfen Schulte und Zwickel damit erneut in eine Position, die die gewerkschaftlichen Bürokratien historisch die meiste Zeit über hatten: In der Sucht nach sozialfriedlicher, vermeintlich schadensbegrenzender Konsensbildung mit den Herrschenden in Wirtschaft und Politik setzen sie die Sozialdemokratie politisch von rechts unter Druck. Die Mechanismen im Verhältnis von SPD und Gewerkschaften, die 1914 den berüchtigten Burgfrieden herbeiführten, sind strukturell nach wie vor lebendig.

Alternative Entwicklungsperspektiven, die eine der ökologischen wie sozialen Gesellschaftskrisen angemessene Lösungskompetenz versprechen, werden real erst dann in Reichweite geraten, wenn der Satz des katholischen Sozialwissenschaftlers Friedhelm Hengsbach SJ mit Leben gefüllt wird: „Wenn aber der Staat selbst Partei wird – für die auf dem Markt Stärkeren – muß man jetzt auf soziale Bewegungen setzen, auf freie Initiativen, die gerechte Lösungen durchzusetzen versuchen, notfalls auch gegen Staat und Wirtschaft.“ (Die Woche, 14.10.1994)

Einige Überlegungen zum Antisemitismus

Die Aktualität des Themas ist, denke ich, unbestritten. Nach der Emnid-Untersuchung von 1994 sind 11 Prozent der deutschen Bevölkerung als Antisemiten zu bezeichnen, wobei in diesen 11 Prozent nur die enthalten sind, die von 12 antisemitischen Äußerungen 6 und mehr bejahten. Nur 26 Prozent haben keine der ihnen vorgelegten Aussagen bejaht. Diese 12 Äußerungen waren sehr konkret gefaßt, wie z.B. „Juden möchte ich lieber nicht als Nachbarn haben“, „Juden haben zu viel Einfluß in unserer Gesellschaft“ oder „Ich lehne einen Juden als Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl ab“. Aussagen über entsprechende Denkstrukturen wie im Antisemitismus sind hieraus nicht zu schließen. Es ist zunächst erstaunlich, wie sich der Antisemitismus in der Geschichte gehalten hat bzw. hält. Zur Zeit der Aufklärung galt der Judentum als der Inbegriff des finsternen Mittelalters und man glaubte, ihn überwunden zu haben, doch er transformierte sich in den aufgeklärten Antisemitismus. Wiederum schien auch in Deutschland der Liberalismus eine Chance zur Überwindung des Antisemitismus zu bieten, doch die Erfolge der Juden und Jüdinnen im Kampf um ihre Gleichstellung errangen sie in einer Zeit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur, als Liberalismus in Deutschland zum Schimpfwort wurde, hatte das fatale Folgen. Es transformierte sich ein moderner Antisemitismus, der im Vernichtungsantisemitismus des NS kulminierte. Auch noch 1945 konnte sich der Antisemitismus halten in Form des Philosemitismus, des Antisemitismus wegen Auschwitz und Kontinuitäten des Antisemitismus. Die „Stunde Null“ markierte nicht das Ende des Antisemitismus, sondern das Ende des europäischen Judentums. Einen Antisemitismus der Vernichtung konnte es nicht mehr geben, sehr wohl aber Transformationen.

Antisemitismus muß in seinen gesellschaftlich-historischen Zusammenhängen begriffen werden. Isoliert von diesem Zusammenhang betrachtet, kommt eine Aneinanderreihung und Aufzählung antisemitischer Aktionen und Äußerungen zustande, die durch die stete Wiederkehr der Geschichte den Schein wecken, es gäbe einen „ewigen Antisemitismus“, eine Naturkonstante. Es gilt in diesem gesellschaftlich-historischen Kontext die Besonderheiten und Unterschiede herauszuarbeiten, denn der Antisemitismus des NS ist nicht einfach eine Weiterführung oder Radikalisierung des früher vorhandenen Judentums, es handelt sich um Transformationsprozesse.

Beim Versuch, den Antisemitismus zu erklären, ist es nicht nur nötig, sondern auch fatal, sich mit dem Judentum zu beschäftigen. Der Antisemitismus ist eine Denkstruktur, die sich beim Antisemiten findet und er entbehrt jeder realen Grundlage. Er ist kein Tatsachenbericht über die Juden. Er speist sich weder aus dem Judentum selbst, noch aus den jeweils dort lebenden Juden und Jüdinnen nach Selbstdefinition oder der als Juden und Jüdinnen definierten Menschen. Der Antisemitismus ist keine Reaktion auf das Judentum. Es gibt keinen Zusammenhang oder Kausalität vom Judentum ausgehend zum Antisemitismus. Genau dieser würde aber impliziert im Behalten beider Themen in einer Einheit. Das spricht selbstverständlich nicht gegen eine prinzipielle Beschäftigung mit dem Judentum, auf keinen Fall aber, wenn versucht wird, Antisemitismus oder Judentum zu erklären.

In der „Linken Winterschule“ im Januar 1996 in Schnepfenthal, ausgerichtet von „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung – Arbeitsgemeinschaft bei der PDS“ wurde im AK Philosophie erneut eine Debatte über Antisemitismus geführt. Aus der Diskussion folgte der Beschluß, in der diesjährigen „Linken Sommerschule“ Antisemitismus zum Thema des AK Philosophie zu machen

Vom Judentum zum Antisemitismus

Auch bei dem traditionellen Judentum handelt es sich weniger um einen christlichen Judentum, als um einen christlich legitimierte. Rationale Interessen spielen hierbei eine Rolle. Der Haß war keine Reaktion auf das Judentum. Adorno schrieb, Antisemitismus sei das Gerücht über die Juden. Dem Gerücht folgte die Tat, in Form von Pogromen, legitimiert, durch das Gerücht. Das Gerücht braucht demzufolge kenntlich Opfer. 1215 wurden den Juden Kleidervorschriften gemacht. In dieser Zeit wurde ihnen auch eine soziale Rolle zugewiesen. Sie wurden „Agenten“ des Waren- und Geldverkehrs und des Geldverkehrs. Letzter war von der Kirche für Christen verboten worden, Waren und Geldverkehr stark verpönt. Er war in der feudalen Gesellschaft eine Randerscheinung. Er stand außerhalb der feudalen Ordnung, beruhte nicht auf Grund und Boden und stellte somit eine Gefahr für das Feudalsystem dar, denn er bedroht in der Konsequenz die ständische Ordnung. Somit hatte man den Juden ein höchst zweifelhaftes Monopol zugeschanzt. Im Geldverleih setzte sich schnell der Begriff des „jüdischen Wuchers“ durch. Es gab keinen festgeschriebenen Zinssatz und auch keine Vergleichsmöglichkeiten. Infolge ihrer nicht agrarischen Tätigkeit verloren sie ihr Waffenrecht. Dies schützte sie jedoch nicht vor den, gerade in dieser Zeit, massiven Pogromen.

Nach der Französischen Revolution sind christliche Argumente gegen die Gleichberechtigung der Juden kaum noch zu hören. Der christlich begründete Judentum transformiert sich in eine antisemitische Argumentation. Man sollte die Juden nicht mehr wegen ihres Glaubens verfolgen, das galt im Zuge der Aufklärung als überholt. Religiöse Gründe wurden von sich gewiesen, ebenso subjektive Empfindungen. Die Meinung wurde nun als Tatsache behauptet. Darin zeigt sich ein Hauptunterschied zwischen Judentum und Antisemitismus. Der Judentum ist emotionsgeladen, konkret und auch als subjektiv empfunden. Der Antisemitismus ist abstrakt, emotionslos und legitimiert sich durch scheinbare Objektivität. Die Aufklärung markiert den Punkt, in der die bürgerliche Gesell-

schaft durchgesetzt wurde. Im Zuge dieser Säkularisierung brach das Feudalsystem zusammen. Die starren gesellschaftlichen Organisationssysteme wurden durch die ökonomische Hegemonie des Bürgertums gesprengt. Dies schaffte auch für Juden Freiräume. In Frankreich wurde ihnen das Bürgerrecht zugesprochen, wobei allerdings galt, daß sie von außen erstmal zu emanzipieren seien. Damit waren sie dem „Subjekt Nation“ ausgeschlossen. Fichte spricht ihnen die Emanzipationsfähigkeit ab und fällt auf die Forderung zurück, daß sie Menschenrechte, aber auf keinen Fall Bürgerrechte zugesprochen bekommen. Der Widerspruch innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, Staatsbürger und Bürger in einer Person zu sein und dem alle bürgerlichen Menschen unterliegen, projiziert Fichte allein auf die Juden. Er verweist auf ihre traditionelle ökonomische Praxis, in der sie Partikularinteressen vertreten und sie somit nicht imstande seien, übergeordnete Interessen zu vertreten. Diese Produktionsweise war im Mittelalter eine Randerscheinung, in der bürgerlichen Gesellschaft ist sie die bestimmende und der Tausch zum Zentrum aller gesellschaftlichen Beziehungen geworden. Das, was früher den Juden als einzige Möglichkeit offenstand, herrscht nun allgemein. Anstelle der unmittelbaren Abhängigkeitsverhältnisse treten vermittelte. Die Vorstellung persönlicher Machtverhältnisse leben aber fort und da sich die Produktionsweise nicht, ohne Leiden durchsetzt, wurden persönlich Schuldige gesucht und scheinbar gefunden: die Juden. Waren- und Geldverkehr war auch im Mittelalter durchaus nicht in „jüdischer Hand“ (siehe Medici, Fugger), doch durch die Geschichte waren sie die einzige Gruppe, die sich identifizieren ließ. Die ökonomischen Prozesse wurden nicht durchschaut.

Nationalsozialismus und Antisemitismus

Der Nationalsozialismus führte verschiedene Herrschaftsideologien des Kapitalismus, wie rassistische und eugenische Aussonderung von als „Fremden“ ausgemachten, „nicht Gesunden“ und „nicht Leistungsfähigen“ zur extremen Konsequenz des Massenmordes an Roma und Sinti, Behinderten, Schwulen und Lesben und anderem „unwerten

Leben“. Diese Verbrechen sind letztlich mit Leistungs- und Vernutzungskriterien verbunden, die sich aus der kapitalistischen Produktionsweise und deren Wertnormen und Ideologien ergeben.

Charakteristisch für die Shoah war der verhältnismäßig geringe Anteil an Emotionen und unmittelbaren Haß. Was aber die Unvergleichbarkeit der Shoah ausmacht ist, daß sie keine funktionale Bedeutung hatte. Weder militärische, noch außenpolitische, noch ökonomische Ziele waren ausschlaggebend für die Vernichtung der Juden und Jüdinnen. Sie war Selbstzweck; Vernichtung um der Vernichtung willen. Diese These ist umstritten. So gibt es viele Ansätze, die die Shoah aus ökonomischen Interessen erklären oder rein aus der Rassenideologie, wo Juden neben anderen „Rassen“ der Vernichtung freigegeben wurden, sowie, daß der Antisemitismus zur Massenmobilisierung diente und eine Eigendynamik entwickelte oder auch der Stützung des Systems durch den Faktor Angst dienst, neben ganz vielen gänzlich abstrusen Thesen. Ich möchte die eben ausgeführten Thesen nicht ganz verwerfen, so halte ich den Punkt der Eigendynamik für sehr überdenkenswert. Ein Mittel zum Zweck kann ich in der Shoah nicht erkennen. Der Antisemitismus war das tragende Element des Nationalsozialismus, seine Spezifik, hatte absolute Priorität, war das Gedankengebäude schlechthin des Nationalsozialismus in allen Bereichen.

Nach Moishe Postone's Ansatz zur Erklärung des Antisemitismus des Nationalsozialismus ist allen Formen des Antisemitismus eine Vorstellung von jüdischer Macht gemeinsam. Nicht nur Ausmaß, sondern vor allem die Qualität der ihnen zugeschriebenen Macht unterscheiden den Antisemitismus von anderen Formen des Rassismus. Im Rassismus wird dem „Anderen“ eine konkrete Macht zugeschrieben, entweder materiell oder sexuell. Diese macht ist aber potentiell. Im Gegensatz dazu wird den Juden keine potentielle macht zugeschrieben, sondern eine wirkliche. Da diese macht nicht konkret gebunden ist, erscheint sie ungeheuer groß und schwer kontrollierbar. Sie steht hinter den Erscheinungen, ist aber nicht identisch mit ihnen. „Die Juden“ stehen für eine unfaßbare internationale Verschwörung. Der Antisemitismus hat einen systemartigen Charakter. Er beansprucht, die Welt zu erklären, er ist eine Ideologie. Im Weltbild des modernen Antisemitismus werden „die Juden“ mit der raschen Entwicklung des industriellen Kapitalismus und den damit einhergehenden Umbrüchen und Umstrukturierungen personifiziert und identifiziert. Die wirkenden Kräfte werden nicht durchschaut, sondern in der Gestalt des „internationalen Judentums“ wahrgenommen, das „altherrgebrachte Werte“ zum Niedergang führt. „Die Juden stellen demnach eine fremde, gefährliche Macht dar, die die > Gesundheit < der Nation untergräbt“ (Postone). Im Kapitalismus erscheinen die gesellschaftlichen Beziehungen in vergegenständlichter Form. Marx erklärt die gängige Anschauung von Ware mit dem Begriff des „Fetisch“. Ein Aspekt des Fetisch ist, daß kapitalistische gesellschaftliche Beziehungen nicht als solche in Erscheinung treten, sondern als ein Gegensatz von Konkretem und Abstraktem. Da beide vergegenständlicht sind, erscheinen sie als natürlich: Die abstrakte Seite als „objektive“ Naturgesetze, die konkrete als rein stoffliche Natur. Die kapitalistischen gesellschaftlichen Beziehungen finden

Fortsetzung Seite 13

Literatur zum Thema

Ahrend, Hannah, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München 1933
 Claussen, Detlev, *Vom Judentum zum Antisemitismus*, Materialien einer verleugneten Geschichte, Darmstadt 1987
 Endersitz, Ulrich, *Antisemitismus und Volksstaat*, zur Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung, Freiburg 1991
 Hilberg, Raul, *Die Vernichtung der europäischen Juden* (3 Bde), F.a.M. 1990

Horkheimer, Max, *Die Juden in Europa in Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus* (Hg) H. Dubil u. A. Söllner, F.a.M. 1984
 Kritik und Krise Nr. 4, Sommer 1991, *Logik des Antisemitismus*
 Postone, Moishe in Diner, Dan (Hg), *Zivilisationsbruch, Denken nach Auschwitz*, F.a.M. 1988
 Sartre, Jean-Paul, *Überlegungen zur Judenfrage*, Reineke bei Hamburg 1994

Fortsetzung von Seite 13

Einige Überlegungen zum Antisemitismus

scheinbar nur in der abstrakten Seite ihren Ausdruck: als Geld und außerhalb stehende, abstrakte, allgemeine Gesetze. Konkrete wie abstrakte Seite werden jeweils verselbstlicht und vergegenständlicht. Während das sogenannte positive bürgerliche Denken das Abstrakte als überhistorisch verselbstlichtigt, hypostasiert der Romantizismus – der dem Selbstverständnis nach antibürgerlich, Revolte ist – das Konkrete. Die industrielle Produktion erscheint für den romantischen „Antikapitalismus“ als schöpferischer Prozeß, als Nachfolger der handwerklichen Arbeiten, biologisch begründet als „organisch verwurzelt“, das Konkrete, das Nützliche. Sie scheint ablösbar vom Kapital, das nur in der Erscheinung seiner abstrakten Dimension wahrgenommen wird: das „parasitäre“ finanz- und zins-tragende Kapital. Die konkrete Dimension wird dem Kapitalismus wie er erscheint gegenübergestellt. Insofern gibt es keinen Widerspruch zwischen der positiven Hervorhebung der Natur und der Verherrlichung der Technologie (Blut und Maschinen). Beides soll den Gegensatz zum Abstrakten kennzeichnen. Es kein Verteufeln der Moderne in ihrer Einheit. Im modernen Antisemitismus erscheint selbst die abstrakte Seite vergegenständlicht. „Die Juden“ werden mit dem Kapitalismus gleichgesetzt. Der Kapitalismus erscheint nur noch als „das Abstrakte“, das wiederum für die ganze Reihe konkreter gesellschaftlicher und kultureller Veränderungen, die mit der schnellen Industrialisierung verbunden sind, verantwortlich gemacht wird. Die Übereinstimmung der Juden und Jüdinnen zugeschriebenen Eigenschaften mit denen der als negativen Seite des Kapitalismus wahrgenommenen führt dazu, daß im „verkürzten Antikapitalismus“ des modernen Antisemitismus die Überwindung des Kapitalismus und seiner negativen Auswirkungen mit der Überwindung der als Juden und Jüdinnen definierten Menschen gleichgesetzt wird. Die biologische Interpretation der abstrakten Seite des Kapitals macht sich an „den Juden“ fest, sie hätten auch durch keine andere Gruppe ersetzt werden können. Die Tatsache, daß der Nationalsozialismus nach der Wirtschaftskrise 1929 und dem sich ausbreitenden Gefühl von Zeit der Entscheidung als Rettung gesehen wurde, hat entscheidend damit zu tun, daß ein wesentliches Moment der Nationalsozialismus sein „verkürzter Antikapitalismus“ ist. Der moderne Antisemitismus liefert eine umfassende Weltanschauung, die verschiedene Aspekte „antikapitalistischer“ Unzufriedenheit scheinbar erklärt und ihnen politisch Ausdruck verleiht. Das Konkrete wird hypostasiert mit der grausamen Konsequenz, die Erlösung der Welt von der „Quelle“ allen Übels (des Abstrakten) „in Gestalt des Juden zu erreichen.“ Auschwitz war eine Fabrik zur „Vernichtung des Werts“, das heißt, zur Vernichtung der Personifizierung des abstrakten. Sie hatte die Organisation eine teuflischen industriellen Prozesses mit dem Ziel, das konkrete vom Abstrakten zu „befreien“. Der erste Schritt dazu war die Entmenslichung, das heißt, die „Maske“ der Menschlichkeit wegzureißen und die Juden als das zu zeigen, was „sie wirklich sind“, Schatten, Ziffern, Abstraktionen. Der zweite Schritt war dann, diese Abstraktheit auszurotten, sie in Rauch zu verwandeln. Jedoch auch zu versuchen, die letzten Reste des konkreten gegenständlichen „Gebrauchswerts“ abzuschöpfen: Kleider, Gold, Haare, Belfe“. (Postone)

-(875)

„Leben online“**Besprechung eines Buches von Beat Leuthardt**

Von der Chipkarte bis zum Europol-Netz: Der Mensch unter ständigem Verdacht. rowohlt aktuell, DM 14,90, 223 Seiten

Das Schengen-Informationssystem (SIS) bietet on-line die Verdattung der europäischen Kontrollinstitutionen. Die einzelnen Polizeien sind mit dem MOPS ausgerüstet, dem mobilen Polizei-Büro System. Die Grenzterminalsyste (GTS) kontaktieren sich zwischen Oder-Neiße und Basel-Badischer Bahnhof; ihre programmtechnischen Möglichkeiten könnten, so ein Beamter der Grenzschutzdirektion Koblenz, bei der Asylbearbeitung „voll ausgeschöpft“ werden. INPOL und PIOS – nach Sachregistern geordnete Großdateien der Staatsschützer werden neu ausgerüstet, für EUROPOL fitgemacht.

Einen fast unüberschaubaren Komplex von Systemvernetzungen hat Beat Leuthardt zusammengefaßt, um einen – jedenfalls kurzzeitig – aktuellen Überblick über die Überwachungssysteme zu geben.

Flüchtlingsfinger gibt es inzwischen millionenweise im Speichersystem, nachdem Deutschland ein System aus der Schweiz importierte (AFIS und EURODAC). Jährlich können jetzt 400.000 Datenpakete verarbeitet werden. In der Schweiz werden in einem „Zentralen Ausländerregister“ (ZAR) fast 4,5 Mio. Personen gespeichert. Im deutschen AZR sind mehr als 100 Mio. Daten erfaßt...

Praktische Anwendungsgebiete sind damit vielfältig vorhanden: in der Schweiz sind in einer Datei über das kroatisch-bosnische Gebiet Orte erfaßt, die entweder kroatisch oder bosnisch waren. „Yubos“ enthält die bosnischen Orte im Grenzgebiet; „Ortyu“ enthält die kroatischen Dörfer; blitzschnell konnte hiermit erkannt werden, wer als „AsylmißbraucherIn“ ins Land wollte.

Im reichen Monaco wurden in den Parkhäusern von Monto Carlo 740 Kameras montiert; hinzu kommen Abhör- und Geräuschanalysesysteme während der Nachtstunden. Hiermit können jegliche Unregelmäßigkeiten erfaßt werden und Alarm ausgelöst werden. Auch die Küste vor dem Steuerparadies wird inzwischen optisch erfaßt, selbst wenn es dunkel ist.

In Köln umstellten 150 Polizisten im Frühjahr 1995 ein Roma-Wohnheim und verschleppten 39 Roma-Frauen, unter ihnen auch 12- bis 15-jährige, aus ihren Betten zur gynäkologischen Zwangsuntersuchung.

Nach einem Hinweis aus der Bevölkerung sollte nach der Mutter eines Neugeborenen gefahndet werden...

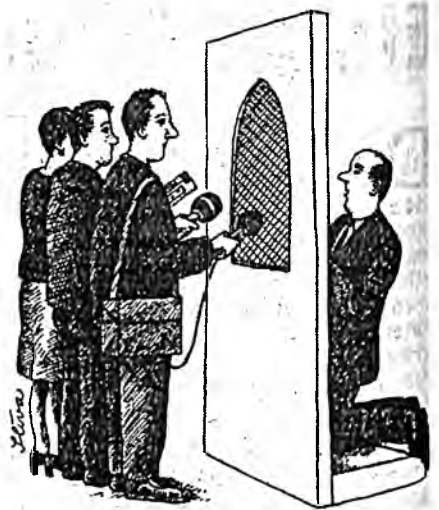
Schließlich kennen wir alle inzwischen das nächste Horror-Wort: die „Organisierte Kriminalität“, entstanden aus der mediengerechten Aufbereitung in den Boulevard-Zeitungen, nachdem die Politik neue Ablenkungsmanöver für strukturelle Widersprüche benötigte. „Eine Welle von Kriminellen aus Schwarzafrika: Asylantenflut aus Nigeria, Zaire und Ghana“ (WamS, Nov. 1992). Bei seiner Schleppnetzfahndung im Äther horcht der BND ständig den drahtlosen internationalen Fernmeldeverkehr – Richtfunk und Satellitenverbindungen – ab. Computer kontrollieren die Gespräche auf Suchbegriffe, die etwa „Terroristen“, Dealer oder Waffenhändler verwenden könnten. Fällt einer dieser Begriffe, werden die Gespräche automatisch aufgezeichnet – nach inoffiziellen, aber nie demontierten Angaben täglich rund 4.000. (Spiegel 29/95)

Die Razzien der Behörden wegen sogenannten Schwarzarbeit und angeblichem Drogenhandel kennen wir inzwischen auch – und haben uns vielleicht bereits daran gewöhnt.

Eine andere Angriffsmöglichkeit für einen gut ausgerüsteten Schnüffler ist die Auswertung der Strahlung, die ein Computer aussendet (die Strahlung kommt nicht nur vom Monitor sondern auch vom Rechner selber – deshalb bieten auch Notebooks nur wenig Schutz). Ein solcher Angriff ist zwar teuer und arbeitsintensiv, aber wahrscheinlich immer noch billiger als eine richtige Kryptoanalyse (Knacken des codes). Ein entsprechend ausgerüsteter Kleinbus könnte in der Nähe des abzuhörenden Computers geparkt sein und jeden Tastendruck und jeden Bildschirminhalt aufzeichnen.

Diesen Zusammenhang zwischen den Fahndungssystemen und „ganz alltäglichen“ Überwachungsmaßnahmen stellt der Journalist Beat Leuthardt her. Ein weiteres Beispiel: österreichische Gewerkschaften haben berichtet, daß Angestellte während ihrer Arbeit nicht nur den Wechsel von einem Arbeitsplatz zum anderen im selben Gebäude registrieren lassen müssen, sondern auch den Gang zum WC – möglich mit der „smart card“.

Und für die neue Hobby-Beschäftigung, dem Surfen im Internet, ist zu melden, daß bereits 30 bis 40 Mio. Datensätze derjenigen vorhanden sind, die sich dort einklinken. „Mit neuen technischen Mitteln können Anbieter feststellen, wer welche Seite liest, wie er lange er oder sie verweilt...“ Möglich ist da noch einiges, z.B. auch über Software-



programme den Zugriff auf die Festplatte im eigenen Computer zu manipulieren. Also viel Spaß beim Surfen! Soviel geballte Übersicht über die technologische Vernetzung macht natürlich einigermaßen sprachlos.

Zweck dieses Buches ist, so weit wie möglich Transparenz zu schaffen. Mir als dieser Entwicklung nur mit Mißtrauen zu begegnen – dazu muß man sich dann selbst noch etwas besser auskennen, um bestimmten Gefahren zu minimieren oder diesen gar auszuweichen.

Nachfolgender Vorschlag, wie sie (Chaos Computer Club) im Netz verbreitet, reicht sicherlich nicht aus, um sich vor derartigen flächendeckenden Überwachungsmaßnahmen zu schützen:

„Wird ein länger andauernder Ausfall der Rechners angestrebt, reicht es nicht, nur in die Tastatur einzugreifen. Das Elektrotroxin muß in den Rechner selbst eingebracht werden. Gut geeignet erscheint ein Gefäß mit Salzsäure vor den Luftansaugpunkten der Netzteilklühlung, das wieder mit sehr willkommener Verzögerung wirkt. Besteht die Möglichkeit, an das Innere eines unerwünschten Computers zu kommen, genügt es, einen Chip herauszuziehen und verkehrt herum hineinzustecken. So einen Fehler zu finden, erfordert erheblichen Aufwand.“

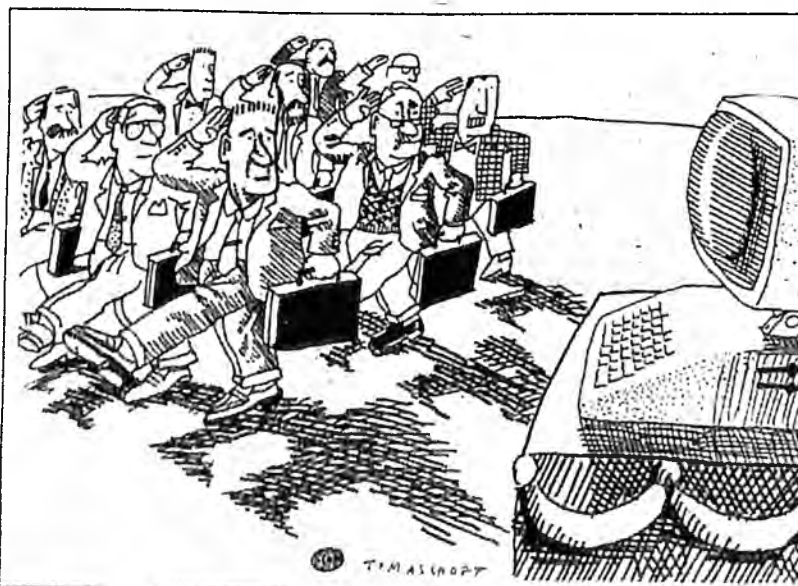
Auch die nächste Einschätzung ist eher für den privaten Gebrauch bestimmt:

„Die meisten Verschlüsselungsprogramme und Tools auf dem Markt sind Schrott und gaukeln der Besitzerin nur Sicherheit vor. Den Kennwortschutz bei Textverarbeitungen oder Tabellenkalkulationen kann man getrost vergessen. Es gibt Programme im Handel, mit denen sich die Paßwörter für z.B. Word Perfect, Word, Winword etc. einfach und schnell knacken lassen. Desgleichen gibt es für Komprimierungstools wie PKZIP und ARJ. Professionellere Programme wie z.B. Deskreet von Norton Utilities gelten ebenso als geknackt, wenn auch der Kniffelfaktor hierfür höher ist... Der Versuch den gesamten Rechner über das Supervisorpaßwort (im BIOS einzustellen) zu sichern, kann bestenfalls dazu dienen den Rechner für schreibwütige MitbewohnerInnen unzugänglich zu machen. Bei ernsthaften Bemühungen dauert es gerade mal drei Minuten, das Paßwort zu umgehen.“

Die beste Lösung ist, auch die Festplatte mit allen Sicherungskopien, Temporär und Auslagerungsdateien zu verschlüsseln.

Wir empfehlen: PGP (Pretty Good Privacy). Die von PGP verwendeten Verschlüsselungsverfahren erlauben einen „extrem“ sicheren Nachrichtenverkehr. Bei richtiger Anwendung ist es nahezu unmöglich eine verschlüsselte Daten zu knacken.“

Zu bestellen ist das Buch für DM 17,- auch bei Prossobüro EuroGrenzen, Postfach 2260, 79557 Weil a.R.



TERMINE

24./25.2.: 13. Bundeskongress der SDAJ in der Ingeborg-Drewitz-Gesamtschule in Gladbeck. Infos: SDAJ-Bundesvorstand, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, Tel. 0201-230633

24.2.: Seminar der AG BWK bei der PDS/Linke Liste Niedersachsen: „Medien und emanzipatorische Politik“, Referenten: Christian Christians, Martin Fochler. 13 bis 18 Uhr, Hannover, Lister Turm.

24./25.2.: Jahrestreffen der „PädagogInnen für den Frieden“ in Hamburg. Thema: Kommunale Friedensarbeit - Rüstungsproduktion/-export. Kontakt: Hartmut Ring, c/o GEW HH, Ausschuss für Friedenserziehung, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg.

25.2.: Jahreshauptversammlung der AG BWK bei der PDS/Linke Liste Niedersachsen, Berichte. Wahlen, Politische Vorhaben 1996. 10 bis 14 Uhr, Hannover, Lister Turm.

1./3.3.: BDK der Bündnisgrünen in Mainz.

2.3.: 18. Landeskonferenz antifaschistischer Organisationen und Initiativen NRW in der Gertrud-Bäumer-Schule in Duisburg. Beginn: 10.30 Uhr.

9./10.3.: BWK-Bundeskonferenz in Köln.

10.3.: Kommunalwahlen in Bayern.

16.3.: Jahreshauptversammlung des „Deutschen Friedensrat“ in Berlin, ab 19 Uhr im ND-Gebäude, Alt-Stralau 1, 10245 Berlin. Kontakt über: Deutscher Friedensrat, Bärbel Schindler-Sefkow, Platz der VN 7, 10249 Berlin, Tel./Fax 030-4265290.

24.3.: Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, Ba-Wü, Rheinland-Pfalz.

29.3.: In Turin beginnen die „Maastricht-Revisionsverhandlungen“

30./31.3.: Frühjahrs-Arbeitstreffen der KAZ-Fraktion des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KP im Raum Heidelberg. Thema: Wie weiter mit dem Wiederaufbau der KPD? Anmeldungen werden erbeten an die KAZ-Redaktion, Schwanthaler Str. 139, 80339 München. Unkostenbeitrag: 50 DM.

5. bis 8. April: OSTERMÄRSCH:

6.4. München/Garching: „Atomwaffen und Militär abschaffen“, 12 Uhr Fahrt mit U6 nach Garching, 13 Uhr Auftakt in Garching, Mailbaum, 14 Uhr Demo zum Atomforschungsreaktor FRM II, Kontakt: Münchner Friedensbüro, Isabellastr. 8, 80789 München, Tel./Fax: 089/2715917

8.4. Hamburg: „Politik entmilitarisieren: Abrüstung statt Umrüsten!“ Kontakt: Hamburger Forum, Renate Kirstein, Vielohweg 124b, 22455 Hamburg, Tel./Fax: 040/5513891
8.4. Köln: „Verantwortung übernehmen für den Frieden, nicht für den Krieg“, Auftakt: 11 Uhr in Nörvenich (Tornado-Flugplatz), Abschluss: 14-18 Uhr Bürgerzentrum, Kontakt: Ostermarsch Rheinland, Birgit Meier, Tel.: 0221/374531,
8.4. Nürnberg: Auftakt: Lorenzkirche, Kontakt: Nürnberger Friedensforum, c/o Hans-J. Patzelt, Wittelsbacher Str. 4a, 90475 Nürnberg

Leipzig-Erfurt: „Friede auf Erden?“, Ostermarsch per Fahrrad in 2 Etappen von Leipzig über Jena nach Erfurt. Abschluss: Henne-Kaserne (133. Transportbataillon), das Soldaten nach Ex-Jugoslawien entsendet, Beginn: 5. April, 9.00 Uhr Leipzig, Treffpunkt: Augustusplatz; 10.00 Uhr Abfahrt. Erfurt, 7. April, 17 Uhr Abschlussveranstaltung in Erfurt (Kaserne), Kontakt: Ostermarsch Leipzig-Erfurt, Haus der Demokratie, Bernhard-Goering-Str. 152, 04277 Leipzig, Tel.: 0341/4777829

München: Ostermarsch draußen - Osterfriedenswanderung der, Münchner BI für Friede

den und Abrüstung (BIFA) in Landsberg/Lech, (Luftwaffenbasis), Kontakt: BIFA, Isabellastr. 6, 80798 München, Tel.: 089/181239 und Tel./Fax: 089/2715917
Ruhr: „Frieden jetzt!“ 6.4.: von Duisburg nach Oberhausen zu Fuß; 7.4.: von Essen nach Bochum per Rad; 8.4. von Bochum nach Dortmund zu Fuß, Ostermarsch Ruhr Komitee, c/o DFG/VK NRW, Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund, Tel.: 0231/818032, Fax: 0231/818031

6.4. Saarbrücken, Kontakt: Friedensforum Saar, Gerhard Moses, Peter-Eich-Str. 122, 66386 St. Ingbert, Tel.: 06894/2135

3.-5.5. Berlin: Tagung „Frieden denken - Frieden leben“ zum 25. Bestehen der Zeitschrift „Antimilitarismus Informationen (ami)“, Kontakt: ami, Elsholzstr. 11, 10781 Berlin, Tel./Fax: 030/2151035

5.5.: Volksabstimmungen in Berlin und Brandenburg über die „Länderfusion“

8.-15.5. bundesweit: Aktionstage „Bundesrepublik ohne Armee“, Kontakt: DFG/VK Bayern, Alte Allee 48, 81245 München, Tel.: 089/8342693, Fax: 089/8341518

16.-19.5. Heidelberg: 20. Bundeskongress Entwicklungspolitische Aktionsgruppen, Kontakt: BuKo, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040/393156, Fax: 040/3907520

1./2. Juni Braunschweig: Bundeskongress der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN/BdA)

Juni: a.o. DGB-Jugendkongress, u.a. mit Beratung über den Entwurf des neuen DGB-Grundsatzprogramms.

1.6.: 4. Linkes Medienspektakel in Suhl (Thüringen). Kontakt: PDS Suhl, AG Linkes Mediensp., 98527 Suhl, Tel./Fax 03681-28562

3.6.: NATO-„Frühjahrstagung“ in Berlin.

7. bis 9.6.: FDP-Bundesparteitag in Karlsruhe mit Beschluß über das neue Grundsatzprogramm

14.-16.6. Erfurt: Kommunalpolitischer Kongress von Bündnis 90/Grüne in Erfurt

14.-16.6. Ort noch unbekannt: Bundestreffen der Föderation der Gewaltfreien Aktionsgruppen (FöGA), Kontakt: FöGA, Graswurzelwerkstatt, Scharnhorststr. 6, 50733 Köln, 0221/765842, Fax 0221/765889

26./27.6.: „G-7-Gipfel“ in Lyon, Frankreich.

1.-4.8.: „Sommertreffen“ der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen. Näheres bei BAG-SHI, Moselstr. 25, 60329 Ffm, Tel. 069/250030, Fax: 069/235584.

1.-4.8. Schnepfenthal: Sommerkurse der „Linken Schule“ in Schnepfenthal, Thür.

14.8. In einer BGS-Kaserne in Lüneburg beginnt der Mammut-Prozess gegen die Göttinger „Autonome Antifa“ (17 Angeklagte) wegen angeblicher Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung“ (§129 StGB)

22.9.: Kommunalwahlen in Niedersachsen

28.9.-4.10. Stuttgart: Gewerkschaftstag der ÖTV

25.-27.10. Nürnberg: IPPNW-Kongress „Medizin und Gewissen“ - 50 Jahre nach dem Nürnberger Ärzteprozess, Infos: IPPNW-Kongressbüro, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/6930244, Fax: 030/6938166

Nov.: Präsidentschaftswahlen in den USA

November: a.o. DGB-Bundeskongress mit Beschluß über neues Grundsatzprogramm

Einladung zur BUNDESKONFERENZ

Bund Westdeutscher Kommunisten

Am 9. und 10. März 1996 findet in Köln die (konstituierende) Tagung der Bundeskonferenz Bund Westdeutscher Kommunisten statt. Auf der Tagesordnung stehen u.a.:
• Berichte zur Tätigkeit des Vorstandes;
• Neuwahlen von Vorstand und Präsidium sowie
• Bildung verschiedener Kommissionen;
• Vortrag und Diskussion zur Ostpolitik: „Die BRD revidiert den Status quo“;
• Drei Arbeitsgruppen zu den Themen: • Osteuropapolitik, • Philosophie, • Wertlehre der Arbeitskraft und Reproduktion“.

Die Konferenz ist öffentlich. Interessierte Gäste sind hiermit herzlich eingeladen.

Die Konferenz beginnt am 9. März um 13 Uhr im Jugendgästehaus, Köln-Riehl, An der Schanz 14, und endet am 10. März gegen 13 Uhr.

Die Trägerorganisationen der Bundeskonferenz sowie Gäste werden gebeten, bis zum 23. Februar die Namen und Anschriften der Teilnehmenden sowie Essen- und Übernachtungswünsche an das:

Büro der Bundeskonferenz,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,
Tel. 0221-216442,

zu melden, damit die Konferenzunterlagen rechtzeitig zugesandt werden können.

Für das Präsidium der Bundeskonferenz: ch, har

Politische Berichte Vollversammlung

Einladung zur öffentlichen Tagung des Arbeitskreises Politische Berichte am Samstag, den 9.3.1996 in Köln, Beginn 8 Uhr morgens im Jugendgästehaus an der Schanz.

Der Arbeitskreis Politische Berichte lädt Leserinnen und Leser, Autorinnen und Autoren, Redaktionsmitglieder und Herausgeber zu seiner öffentlichen Halbjahrestagung am 9.3.1996 ein. Der Haupttagungsordnungspunkt wird sein:

„Auseinandersetzung mit der Kritischen Theorie in den Politischen Berichten“ Zur Vorbereitung ist eine Titelliste und eine Auswahl von Artikeln über die GNN Berlin (Adresse siehe unten) erhältlich. Weitere Tagesordnungspunkte: Berichte aus der Redaktion Finanzen.

Anmeldungen zur Tagung am 9.3. und Reservierung von Übernachtungsmöglichkeiten im Jugendgästehaus vom 8. zum 9.3. über GNN-Berlin. Wir bitten, einen Anmeldeschluß bis zum Montag, den 4.3. einzuhalten. Anforderung der Materialsammlung und Titellisten über: GNN-Verlag, Diefenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/6949257, Fax: 030/6949454.

Die Tagung wird bis 12.30 Uhr beendet sein. Danach findet, ebenfalls im Jugendgästehaus, die BWK Bundeskonferenz statt.

Für den Arbeitskreis U. Detjen, C. Cornides.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
- erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: GNN-Berlin, Diefenbachstr. 33, 10967 Berlin), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 68163 Mannheim), Ulrike Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Hardy Vollmer, c/o GNN-Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann, Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Aus Kultur und Wissenschaft: Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband Baden-Württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach

260 226, 50515 Köln.
Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln,
Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73.
Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73.
Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM).
Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Druck: Tribune Druck GmbH, 12435 Berlin.
Nachrichtenverbindungen:
Berlin: GNN-Verlag, Diefenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin,
Tel. 030/6949257, Fax: 030/6949454.
Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg,
Tel. 040/38 13 93, Fax: 040/38 93 31.
Hannover: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 05 11/458 3793
Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73.
München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München,
Telefon und Fax: 089/5028112.
Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz,
Tel. 034204/65711, Fax: 034204/65893.
Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart,
Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Politische Berichte - zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

- ☐ 4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen. Name:
- ☐ im Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo) Straße:
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo). Postleitzahl/Ort:
- ☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM im Jahr) Konto-Nr./BLZ:
- ☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen. BankUnterschrift:

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse.

Einladung zum Seminar am 27./28. April 1996

„DER BÜRGER IST OUT - ES LEBE DER KUNDE“ - ROLLBACK IN DEN KOMMUNEN

Wie setzen die Kommunen das von Ihnen abverlangte „Neue Steuerungsmodell“ um, welche Rechte bleiben dem Stadtrat, welche Sicherheiten haben die freien Träger, welche Ansprüche kann die Einwohnerschaft überhaupt noch stellen und wie geht's dem Personal dabei? Mit dem Seminar der Redaktion „Informationsblatt Linke Kommunalpolitik“ sollen diese u.a. Fragen anhand konkreter Beispiele aus verschiedenen Städten

ausgewertet und ihre allgemeinen Hintergründe weiter aufgeklärt werden.

Sa 14 - So 14 Uhr im Hotel Hermannstein, Schnepfenthal, 62,00 DM für Übernachtung und Vollpension. Schriftl. Anmeldungen an: Redaktion Linke Kommunalpolitik, c/o GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz oder Bernhard Feuling, Paulstr. 13, 69469 Weinheim/Bergstraße

Die Tradition des deutschen Militärs schön geredet

Kardinal Meisner am „Weltfriedenstag“

Kardinal Meisner ist Mitglied eines Bundeswehr-Fanclubs und hielt deswegen einen Soldatengottesdienst am Weltfriedenstag. Das mit dem Mitglied stimme nicht? Trotzdem hielt der Kardinal am 30. Januar, dem von der katholischen Kirche zum Weltfriedenstag erklärten Datum, im Kölner Dom einen Soldatengottesdienst, in dem er die Überfalltradition des deutschen Militärs schönredete.



„Wir Deutsche fürchten Gott und sonst absolut nichts und niemanden auf dieser Welt.“

Zeitgenössische Postkarte um 1914 mit Zitat aus einer Rede Wilhelm II, gehalten an Bord S.M.S. „Victoria Luise“

Meisner predigte, daß immer dann, wenn die deutschen Soldaten mit Gotteslob im Kopf ans Schießen gingen, die Menschen ihnen vertrauen und beruhigt sein könnten. Der Kardinal gab als gewöhnliches Wort Gottes aus, daß die deutschen Soldaten schon richtig töteten, wenn sie dabei Gott loben: „Einem Gott lobenden Soldaten kann man guten Gewissens Verantwortung über Leben und Tod anderer übertragen, weil sie bei ihm gleichsam von der Heiligkeit Gottes mit abgesichert sind.“

Als die deutschen Soldaten 1939 Polen überfielen, riefen die katholischen und die evangelischen Bischöfe sie dazu auf, ihre ganze Kraft für den Sieg der deutschen Waffen einzusetzen. Auf den Kopf

pein der Soldaten, die ein anderes Land überfielen und deren Hauptstadt Warschau bombardierten, stand der Slogan „Gott mit uns“. Als die deutschen Soldaten die Sowjetunion überfielen und dabei Millionen Menschen ermordeten, da ließen deutsche katholische Bischöfe die Glocken läuten und priesen ihren Herrn und lobten ihn dafür, daß er der Deutschen Bank und ihrem Nazi-Diktator Siege schenkte.

Die Menschen in den überfallenen Ländern glaubten nicht an den Satz von Kardinal Meisner, schenkten den Gott lobenden und ihnen nach dem Leben trachtenden deutschen Soldaten kein Vertrauen und gaben ihnen mit Recht nicht „guten Gewissens Verantwortung über Leben und Tod anderer“. Sie wehrten sich erfolgreich gegen die Soldaten, die sie überfielen, die „Gott mit uns“ auf den Köpfen trugen und solche Ermunterungen im Kopf hatten, wie sie jetzt der Kardinal im Dom den Soldaten vortrug: „Schon unsere Volksweisheit sagt es: Fürchte Gott und scheue niemand. Wo die Gottesfurcht nicht da ist, gewinnt die Menschenfurcht Raum.“ Mit Gottesfurcht und Bischofssegen gelang ihnen die Ausrottung der Millionen von Menschen. Hätten die Soldaten sich an die Achtung vor den Menschen gehalten und nicht auf diese national-konservativen Bischöfe gehört!

Der Kardinal Meisner forderte die Soldaten auf, ihre Tötungsarbeit nicht so negativ zu sehen und verlangte von ihnen, „zunächst immer das Positive zu sehen, dafür zu danken und erst dann auch das Negative zur Sprache zu bringen“. Mit Sinnverdrehungen versuchte der Kardinal dabei die Soldaten konfus zu machen. Ihm fiel dazu aber nur ein halbleeres Glas ein: „Sie kennen alle die Beurteilung im Hinblick auf ein halbleeres Glas, das ja immer auch noch halb voll ist. Dankende Menschen sind positive Menschen. Eigentlich kann man sich Soldaten gar nicht anders denken als Zeitgenossen mit einer solchen positiven Lebenseinstellung.“

Meisners guter Bekannter, der bisherige Generalinspekteur Naumann, jetzt Vorsitzender des NATO-Verteidigungsausschusses, dem Meisner zum schönen Propagandaauftritt im Maternus-

Haus verhalf, hatte in den von ihm verfertigten Einsatzrichtlinien den weltweiten Einsatz der Bundeswehr verlangt, unter anderem, um die Rohstoffe für die deutsche Industrie zu sichern. Für den militärisch gesicherten Raub an den Reichtümern anderer Völker sollen die Bundeswehrsoldaten eingesetzt werden können. Das Ergebnis kann der Soldat dann mit Meisners Logik so sehen: Was dem einen weggenommen ist, hat dann wenigstens die deutsche Industrie. Wie positiv für die Deutsche Bank. Wieviele Menschen dafür umgebracht werden? Meisner weiß Rat: „Einem Gott lobenden Soldaten kann man guten Gewissens Verantwortung über Leben und Tod anderer übertragen.“

Ein Soldat kann auch guten Gewissens seinen Gott loben und diese Lobhudelei des deutschen Militarismus sonstwohin wünschen. Böll jedenfalls, den Meisner in seiner Predigt zitierte mit dessen Worten: „Ich ziehe die schlechteste christliche Welt allen anderen möglichen Welten vor, weil es in ihr immer noch Raum gibt für die Armen, für die Bedrängten, für die Müssigen und Beladenen“, warnte in seinem „Brief an einen jungen Katholiken“ vor dieser Sorte Predigt: „Meiden Sie den Gottesdienst, den der Divisionspfarrer abhält; schließlich gibt es für Zahnärzte auch keine Sondergottesdienste... das Pathos, das in solcher Veranstaltung liegt, würde bei einem Turnverein lächerlich, bestenfalls rührend wirken; doch eine Armee ist kein Turnverein, sie hütet den schrecklichsten aller Horte, sie ist die Verwalterin des Todes von Millionen von Menschen.“

Böll wies 1958 in dem Brief kritisch darauf hin, welche Leute damals schon wieder das Sagen hatten: „Die Catcher bestimmen das Feld, die Primitiv-Taktiker, Männer ohne Erinnerungsvermögen, die Vitalen, Gesunden, die nicht ‚rückwärts blicken‘ und nicht jenem verpönten Laster frönen, das Nachdenken heißt.“ Böll kannte zwar die Soldatenpredigten des Kardinals Meisner nicht. Aber er schlußfolgerte in dem Brief an einen jungen Katholiken ganz richtig: „Unser Brot müssen wir selber backen und das Wort uns selbst bereiten.“

—(gba, Lokalberichte Köln vom 15.2.1996)

Auszüge aus Kardinal Meisners Predigt zum Soldatengottesdienst am Weltfriedenstag am 30. Januar 1996 im Hohen Dom zu Köln

Liebe Brüder, liebe Schwestern!

Seit vielen Jahren feiern wir in Köln den jährlichen Weltfriedenstag mit einem Soldatengottesdienst. Manche Leute nehmen uns das übel, daß wir das Soldatentum mit dem Gottesdienst in Zusammenhang bringen. Als ob Christsein und Soldat-sein Gegensätze wären! Eine der kostbarsten Gaben Gottes an die Menschheit ist der Friede. Ihn zu bewahren, zu beschützen und ihn oft genug zu ermöglichen, ist der Auftrag unserer Bundeswehr. (...)

1. Der christliche Gottesdienst ist zuerst Lobpreis

(...) Das Lob Gottes hat aus unserer abendländischen Gesittung eine Welt geschaffen, die den Kölner Literaten Heinrich Böll sprechen läßt: Ich ziehe die schlechteste christliche Welt allen anderen möglichen Welten vor, weil es in ihr immer noch Raum gibt für die Armen, für die Bedrängten, für die Mühseligen und Beladenen. Einem Gott lo-

benden Soldaten kann man guten Gewissens Verantwortung über Leben und Tod anderer übertragen, weil sie bei ihm gleichsam von der Heiligkeit Gottes mit abgesichert sind.

2. Der christliche Gottesdienst ist wesentlich Anbetung

Die Anbetung Gottes befreit uns aus allen Zwecken und Zwängen und macht frei für souveränes Handeln in dieser Welt. Der französische Philosoph Descartes definiert den Menschen ganz von seinem Denken her, indem er sagt: „Cogito ergo sum“ = „Ich denke, also bin ich“. Das stimmt ganz sicher so nicht! Denn der Mensch ist mehr als Denken oder Gedanke. Wir werden jedoch in Anlehnung an dieses Wort Descartes sagen dürfen: „Oro ergo sum“, d.h. „Ich bete, also bin ich“.

Das Denken nimmt nur den Verstand des Menschen in Beschlag, das Beten aber umfaßt ihn buchstäblich vom Kopf bis zu den Füßen. Im Beten ordnet der

Mensch seine Gedanken, beugt er seine Knie vor der Größe Gottes und erhebt sein Herz zu Gott. Der Mensch ist nirgendwo größer als dort, wo er vor Gott niederkniet. Im Gebet gerät er in die Nähe Gottes und damit auf Distanz zu sich selbst und zu seiner Umwelt. Er bekommt die Möglichkeit, sich selbst und seine Mitwelt mit anderen Augen, mit den Augen Gottes zu sehen.

So erhält der Mensch die rechte Einschätzung in die Realitäten, die richtige Würdigung seiner eigenen Möglichkeiten und den Mut, das Positive zu tun, sei es gelegen oder ungelegen. In der soldatischen Sprache nennt man das Tapferkeit. Sie ist nicht die Tugend des Tollkühnen, sondern die Handlungsweise des Mutigen, der sich nicht scheut, sich dort zu bücken, wo andere sich aufblähen. Wem käme es in den Sinn, Soldaten, die auch Beter sind, dann noch als Mörder zu diskriminieren. Nein, in betenden Händen ist die Waffe vor Mißbrauch sicher.



Aus der Liller Kriegszeitung von 1915: Stille Andacht / Nicht fern vom deutschen Hauptquartier / Ein Kirchlein liegt, im Kranz von Blüten / Und wie ich öffne leis die Tür, / Umfängt mich süßer Gottesfrieden. / Wo ew'ges Licht die Wache hält / Und heil'ge Stille, wunderbare / Kniet, sanft vom Dämmerlicht erhellt, / Schon ein Soldat am Hochaltare. / Im grauen Mantel eingehüllt, / Das Haupt gesenkt, er innig betet. / Mir greift's ans Herz, das edle Bild, / Wie er mit seinem Gotte redet. / Dann kommt er still im Abendlicht / Vorüber mir - mein Herz schlug leiser, - / Ich schaut im voll ins Angesicht: / Der fromme Beter war der Kaiser. (H. von Dittmar)



Propagandapostkarte 1914. Die feindlichen Soldaten betend vor der deutschen Übermacht. Dazu passendes kurzes Soldatengebet der Zeit: „Wenn es Russenköpfe regnet und Franzosenköpfe schneit, dann bitten wir den lieben Gott, daß das Wetter noch so bleibt.“



Gebete mit klarer Stoßrichtung: Weltkrieg-I-Postkarten aus k.u.k. Österreich



Bilder aus: Propagandapostkarten I, Robert Lebeck und Manfred Schütte (Hg), Harenberg Kommunikation, Dortmund 1980